

## Kriminalpolitische Aufgaben.

Von Professor v. Liszt in Marburg.

Fortsetzung.

(Vgl. oben Seite 498.)

### V. Die kurzzeitige Freiheitsstrafe.

Wollen wir das Strafenystem eines Landes kennen lernen, so genügt es nicht, daß wir die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs über die Strafarten in Augenschein nehmen. Entscheidend für das Ergebnis der Untersuchung ist nur die thatächliche Anwendung der im Gesetze vorgesehenen Strafmittel. Über die Handhabung des Gesetzes durch die Gerichte aber belehrt uns die Kriminalstatistik.

Wenn ich es im folgenden unternehme, gestützt auf die Zahlenreihen der Reichskriminalstatistik, den ziffermäßigen Nachweis für die fast ausschließliche Herrschaft der kurzzeitigen Freiheitsstrafe in der deutschen Strafrechtspflege zu erbringen, so kann es sich für mich nur um die möglichste Verbreitung einer feststehenden, jedermann zugänglichen Thatfache, nicht um die Geltendmachung neuer und selbständiger Beobachtungen handeln. Dürfte die Kenntnis der einfachsten kriminalstatistischen Thatfachen, wie man es wohl zu erwarten berechtigt wäre, in Fachkreisen vorausgesetzt werden, so könnte ich mir und meinen Lesern die folgenden Ausführungen sparen. Man wird es mir aber kaum verübeln können, wenn ich meine bescheidenen Zweifel hege.

Auch das möchte ich ausdrücklich betonen, daß es mir fern liegt, gegen irgend jemanden, sei es den Gesetzgeber, sei es den

Richter, an dieser Stelle Vorwürfe zu erheben. Als unser Reichsstrafgesetzbuch entworfen und beraten wurde, da ging das allgemeine, von den Stimmführern der Wissenschaft getragene Verlangen nach möglicher Beseitigung oder doch Herabsetzung der Mindestmaße für Strafarten und Strafrahmen, nach möglicher Erweiterung des Spielraums für das freie richterliche Ermessen. Der Gesetzgeber ist dem Zuge der Zeit gefolgt, als er seine weiten, nach unten zu meist unbegrenzten Strafrahmen aufstellte, das Mindestmaß der Zuchthausstrafe herabsetzte und die „mildernden Umstände“ dem freien Recht entlehnte. Zu schöpferischen Gedanken, zu kritischer Prüfung hatte man damals keine Zeit. Die viel beklagte und getadelte Milde unserer Strafrichter aber, ihre Scheu, über das Mindestmaß hinauszugehen, hat ihren tiefsten Grund in der schon oben (S. 490) betonten Thatsache, daß die Aufgabe der Strafzumessung, wie die „vergeltende“ Gerechtigkeit sie stellt, eine unlösliche ist und bleiben muß. Es mag auch, wie Aichrodt Z IX 10 betont, die Überzeugung von der gänzlichen Wirkungslosigkeit unserer kostspieligen Freiheitsstrafen nicht ganz ohne Einfluß auf die Entscheidungen der Strafgerichte geblieben sein.<sup>1)</sup>

Lassen wir also die Ziffern sprechen. Dem V. Bande der Reichskriminalstatistik entnehme ich die nachstehende Tabelle.

---

<sup>1)</sup> Dennoch kann ich es mir nicht versagen, an zwei ebensosehr bekannte wie wenig berücksichtigte Äußerungen des damaligen Justizministers Dr. Leonhardt zu erinnern. Ich meine einmal die Ministerialverfügung vom 12. Januar 1874 (Justizministerialblatt S. 31), in welcher der Minister darauf hinweist, daß nicht ohne Grund eine ungerechtfertigte Milde in der Bestrafung Schuldiger als eine der ganzen bürgerlichen Gesellschaft drohende Gefahr empfunden werde, und daß es nicht mit den Absichten des deutschen St.G.B. im Einklange stehe, wenn bei Ausmessung der Strafe von der untern Grenze des Strafrahmens ausgegangen und diese nur da überschritten werde, wo bestimmte Straferhöhungsgründe vorliegen. Und weiter erinnere ich an die Worte des Ministers in der Sitzung des Reichstags vom 3. September 1875: „Die Frage, ob das St.G.B. sich bewährt habe, kann in dieser Allgemeinheit nicht bejaht werden. . . Im guten Vertrauen auf die Rechtsitte und das Rechtsbewußtsein im Volke hat der Gesetzgeber gewagt, Vorschriften zu geben, welche die Möglichkeit schweren Mißbrauches mit sich führen, ja mit sich führen müssen. Die Möglichkeit ist zur Wirklichkeit geworden. . . Und das St.G.B. hat sich nicht als ein Gesetz erwiesen, welches gegenüber den in den betreffenden Richtungen hervorgetretenen strafbaren oder doch strafwürdigen Handlungen die erforderliche Repression gewährt.“

Tabelle VII.

(Nach der Reichskriminalstatistik.)

Verhältnismäßige Häufigkeit der Anwendung der verschiedenen Strafarten.

Von je 100 überhaupt Verurtheilten wurden verurteilt zu:	1882	1883	1884	1885	1886
Todesstrafe . . . . .	0,03	0,03	0,02	0,02	0,02
Zuchthausstrafe . . . . .	4,07	3,74	3,48	3,36	3,22
Gefängnisstrafe . . . . .	69,13	68,00	66,89	65,72	64,65
Festungshaft . . . . .	0,03	0,05	0,05	0,05	0,02
Haft . . . . .	0,44	0,44	0,42	0,37	0,37
Geldstrafe . . . . .	25,38	26,70	28,10	29,36	30,58
Verweis . . . . .	0,97	1,04	1,04	1,12	1,14
Prozentfuß der Verurtheilten, gegen welche erkannt ist auf:					
Verlust der bürgerl. Ehrenrechte	6,21	5,78	5,47	5,30	4,93
Zulässigkeit von Polizeiaufsicht . .	2,50	2,21	2,16	2,09	1,90

Die Tabelle beweist, daß Gefängnisstrafe und Geldstrafe zusammen etwa 95 % aller Strafurteile ausmachen, daß auf alle übrigen Strafarten zusammen nur etwa 5 %, auf Zuchthaus allein zwischen 3 und 4 %, auf Gefängnisstrafe allein dagegen zwischen 64 und 70 % entfallen. Beachtenswert wäre noch, daß von 1882 bis 1886 die Anwendung von Zuchthaus und Gefängnisstrafe in ununterbrochenem Sinken, die der Geldstrafe sowie des Verweises dagegen in ebenso ununterbrochenem Steigen begriffen ist. Auch die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und die Zulassung von Polizeiaufsicht ist von Jahr zu Jahr seltener geworden.

Die Rolle, welche das Zuchthaus in unserer Strafrechtspflege spielt, ist mithin eine gänzlich untergeordnete. Ich werde aus diesem wie aus andern Gründen diese Strafart zunächst außer Betracht lassen und betone hier nur, daß die Strafen bis zu fünf Jahren etwa 87 %, die von fünf Jahren und darüber etwa 13 % aller Verurteilungen zu Zuchthaus ausmachen, sowie daß die durchschnittliche Dauer des Zuchthauses etwas über zwei und ein halbes Jahr beträgt.

Dagegen möchte ich einen Augenblick bei der Gefängnisstrafe verweilen. Ihr gesetzliches Mindestmaß beträgt bekanntlich einen Tag, ihr Höchstmaß fünf Jahr, ihr gesetzlicher Durchschnitt mithin zwei und ein halbes Jahr.

Von je 100 im Jahre 1886 zu Gefängnis Verurtheilten waren aber verurtheilt nach

Tabelle VIII.

zu zwei Jahren und mehr . . . . .	0,97	} 20,09	} 4,00
zu 1 bis 2 Jahren . . . . .	3,03		
zu 3 Monaten bis 1 Jahr . . . . .	16,09		
zu 1 bis 3 Monaten . . . . .	15,43	} 79,91	} 96,00
zu 8 Tagen bis 1 Monat . . . . .	28,11		
zu 4 Tagen bis 8 Tagen . . . . .	16,94		
zu weniger als 4 Tagen . . . . .	19,43		
		100,00	100,00

Die Zahlen der Vorjahre zeigen keine wesentliche Abweichung.

Unter 100 zu Gefängnis Verurtheilten werden also etwa 80 % oder vier Fünftel zu einer Freiheitsstrafe unter 3 Monaten, etwa 20 % oder ein Fünftel zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten und mehr verurtheilt. Dabei beachte man, daß alle gerade auf drei Monate, nicht mehr und nicht weniger, lautenden Erkenntnisse in jenen 20 % bereits mitgezählt sind. Es bleibt ferner die Zahl derjenigen Fälle, in welchen auf Gefängnis von drei Monaten und darüber erkannt wurde, nur wenig zurück hinter der Zahl der Verurtheilungen zu einem, zwei oder drei Tagen Gefängnis. In etwa dem fünften Teil aller Fälle erreicht die Gefängnisstrafe nicht einmal die Dauer von vier Tagen; in mehr als einem Drittel aller Fälle nicht die Dauer von acht Tagen. Nur in vier Fällen von hundert wurde auf Gefängnis von einem Jahr und darüber, in 96 Fällen dagegen auf Gefängnis unter einem Jahre erkannt. Es kann uns demnach auch nicht wunder nehmen, wenn die tatsächliche Durchschnittsdauer der Gefängnisstrafe statt 30 Monaten deren zwei beträgt, hinter dem gesetzlichen Durchschnitt also um zwei Jahre und vier Monate zurückbleibt.

Die folgende Übersicht zeigt uns die Strenge der Gerichte in der Anwendung der Gefängnisstrafe auf einzelne Delikte.

Tabelle IX. (Siehe Bemerkung zu Tabelle I, S. 477.)

Die durchschnittliche Dauer der erkannten Gefängnisstrafe  
betrug im Jahre 1886:

bei Gewalt und Drohungen gegen Beamte . . . . .	45 Tage
bei Hausfriedensbruch . . . . .	13 "
bei Beleidigung . . . . .	18 "
bei einfacher Körperverletzung . . . . .	25 "
bei gefährlicher " . . . . .	75 "
bei Nötigung und Bedrohung . . . . .	24 "
bei einfachem Diebstahl . . . . .	23 "
bei Unterschlagung . . . . .	32 "
bei einfacher Fälschung . . . . .	39 "
bei Betrug . . . . .	48 "
bei Sachbeschädigung . . . . .	25 "

Diese Übersicht gäbe zu mancherlei Bemerkungen Anlaß. Sie zeigt vor allem, daß Höchst- wie Mindestmaß der gesetzlichen Strafdrohungen von sehr untergeordnetem Einfluß auf die thatsächlich erkannte Strafe ist. So beträgt das Höchstmaß der gegen Sachbeschädigung an zweiter Stelle neben Geldstrafe angedrohten Gefängnisstrafe zwei Jahre, das Höchstmaß derselben bei Diebstahl, wo sie als einzige Strafe verhängt wird, fünf Jahre; der thatsächliche Durchschnitt dagegen ist dort um zwei Tage höher als hier. Bei der Unterschlagung, welche nach den gesetzlichen Strafdrohungen dem Diebstahl gegenüber als das mildere Delikt erscheint, ist die thatsächlich erkannte Freiheitsstrafe wesentlich härter als bei diesem. Der Betrug wird mehr als doppelt so streng gestraft wie der Diebstahl, obwohl die Strafrahmen der Gesetzgebung dazu keinen Anlaß bieten. Bei der gefährlichen Körperverletzung erhebt sich die durchschnittliche Dauer der Gefängnisstrafe nur um 15 Tage über das gesetzliche Mindestmaß.

Sehen wir noch etwas näher zu. Der einfache Diebstahl wird nach St.G.B. § 242 mit Gefängnis von einem Tage bis zu fünf Jahren bestraft. Von je 100 im Jahre 1886 (die Zahlen der Vorjahre weichen wenig ab) wegen einfachen Diebstahls Verurtheilten kamen fast 4 mit dem Verweis, mehr als ein Drittel (35,62) mit Gefängnis von einem, zwei oder drei Tagen davon; fast 90 erhielten Gefängnis von weniger als drei Monaten, nicht ganz 6 Gefängnis von drei Monaten bis zu einem Jahre. Nicht einmal

ein ganzes Prozent der sämtlichen Verurteilten wurde mit Gefängnis von einem Jahre und darüber bestraft. Der Strafrahmen für einfachen Diebstahl ist mithin von unsrer Rechtsprechung von fünf Jahren auf ein Jahr im Höchstmaß, der Durchschnitt von 30 Monaten auf etwa drei Wochen herabgesetzt worden!

Dieselbe Erscheinung wiederholt sich bei allen übrigen Vergehen, sowie bei einem großen Teile der Verbrechen. Das Reichsjustizamt hat in jedem einzelnen Bande der Reichskriminalstatistik auf sie hingewiesen: ohne jeden Erfolg. Die Strafrahmen unsres Reichsstrafgesetzbuchs stehen auf dem Papiere, die Rechtsprechung hat für ihren Bedarf sich andre zurechtgelegt. Die nach Tagen und Wochen berechnete Freiheitsstrafe beherrscht unsre gesamte Strafrechtspflege.

Und man beachte es wohl: Unsre Zahlen beruhen ausschließlich auf der Reichskriminalstatistik. Diese aber umfaßt nur diejenigen Verurteilungen, welche wegen Verbrechen oder Vergehen gegen Reichsgesetze ergangen sind, also, wie wir oben S. 483 gesehen haben, nur ein Fünftel bis ein Viertel der sämtlichen von deutschen Gerichten erlassenen Strafurteile. Unberücksichtigt geblieben ist insbesondere die ganze große Gruppe der Übertretungen, welche naturgemäß mit den kleinsten Geld- oder Freiheitsstrafen belegt werden. Die Strafe der Haft spielt demnach in der Reichskriminalstatistik nur eine ganz zufällige Rolle. Wir haben mithin die Vorherrschaft der kurzzeitigen Freiheitsstrafe nachgewiesen, ohne die wichtigste und häufigste der kurzzeitigen Freiheitsstrafen, die Haft, irgendwie zu berücksichtigen.

Dazu tritt noch eine weitere Erwägung. Auch die Geldstrafe führt in den meisten Fällen auf dem Wege der Strafumwandlung mittelbar wieder zu kurzzeitigen Freiheitsstrafen.

Ich glaube nicht, daß jemand es wagen wird, angesichts dieser Thatfachen mir zu widersprechen, wenn ich die Behauptung aufstelle: **unsre gesamte heutige Strafrechtspflege beruht fast ausschließlich auf der kurzzeitigen Freiheitsstrafe.** Daraus ergibt sich unmittelbar der weitere Schluß: **wenn die kurzzeitige Freiheitsstrafe nichts taugt, ist unsre ganze heutige Strafrechtspflege nichts wert.**

Daß aber die kurzzeitige Freiheitsstrafe an und für sich wie ganz besonders bei der gegenwärtigen Einrichtung der kleinen Ge-

fängnisse nichts taugt, darüber sind heute wohl alle Einsichtigen einer und derselben Ansicht. Von einigen Tagen oder Wochen Haft oder Gefängnis wird wohl niemand eine nachhaltige bessernde Einwirkung auf den Sträfling erwarten. Um aber die kurzzeitige Freiheitsstrafe abschreckend zu gestalten, bedarf es einer ganz andern Einrichtung unsrer kleinen Gefängnisse, als wir sie heute vorfinden, vor allem einer strengen Durchführung des Arbeitszwanges, der ja mit unsrer deutschen Haftstrafe nur ausnahmsweise (und auch hier meist nur auf dem Papiere) verbunden ist. In unsern heutigen kleinen Gerichtsgefängnissen finden wir alle die Mängel wieder, welche die alten Zuchthäuser zu Brutstätten des Lasters, zu Hochschulen des Verbrechens gemacht haben: in denselben ungenügenden, bald stark, bald schwach belegten Räumen haufen miteinander alte und junge Sträflinge, hartgefottene Sünder und schüchterne Anfänger auf der Bahn des Verbrechens, ohne genügende Aufsicht, theilweise ohne Beschäftigung, ohne Unterricht und Seelsorge. Nur die harte ernste Zucht der alten Häuser fehlt. Für den Gewohnheitsverbrecher hat das Gefängnis keine abschreckende Kraft; den Gelegenheitsverbrecher, besonders das zum ersten Male sich verfehlende Weib, richtet es sittlich zu Grunde. Die kurzzeitige Freiheitsstrafe ist nicht nur nutzlos: sie schädigt die Rechtsordnung schwerer, als die völlige Straflosigkeit der Verbrecher es zu thun im Stande wäre.

Diese Thatsache ist längst bekannt. Auch hat es an Vorschlägen nicht gefehlt, die kurzzeitige Freiheitsstrafe unsres heutigen Rechts zu beseitigen oder doch zu beschränken. Dennoch ist die Gesetzgebung der meisten Länder, insbesondere auch die des Deutschen Reiches, auf ihrem alten Standpunkte stehen geblieben.

Es ist daher leider nicht ganz überflüssig, einige Zeugnisse für die Wertlosigkeit der kurzzeitigen Freiheitsstrafe zu sammeln. Die Zahl derselben ließe sich leicht vermehren. Aber Vollständigkeit des Materials ist es gar nicht, was ich anstrebe. Mir genügt es, wenn es mir gelingt, die dringende Notwendigkeit einer Umgestaltung unsrer Strafgesetzgebung durch die Ausführungen einzelner berufenen Gewährsmänner nachzuweisen. Wenn meine Leser finden sollten, daß ich nur längst Bekanntes wiederhole, so würde der damit ausgesprochene Tadel seine eigentliche Spitze wohl nicht gegen mich richten. Solange der „Kreuzzug gegen die kurzzeitige Freiheitsstrafe“ nicht zum Ziele geführt hat, ist es kein überflüssiges Beginnen, das Kreuz zu predigen.



Schon im Jahre 1803 hat v. Arnim in seinen Bruchstücken über Verbrechen und Strafen (I, 95) die Worte gesprochen:

„Jetzt sind unsre Aufbewahrungs- und Strafgefängnisse nichts anders als Verführungspepinieren, das weiß ein jeder; und jenes (die Belassung derselben in diesem Zustande) hieße also nichts anders, als daß man die Verbrecher erst in den Aufbewahrungs- und Strafgefängnissen noch schlimmer werden lassen wollte, um sie demnächst in den Besserungsanstalten zu bessern, und sogar moralisch zu bessern.“

Seither sind 86 Jahre ins Land gezogen. Aber jenes Wort von den „Verführungspepinieren“ ist nicht alt geworden. Wollte man jenen Satz anführen, ohne den Verfasser zu nennen — man würde wohl ohne weiters auf einen heutigen Gefängnisdirektor als seinen Urheber schließen können.

Denn gerade in den Kreisen der preußischen Gefängnispraktiker ist man sich längst klar über die Nuglosigkeit der kurzzeitigen Freiheitsstrafe, über die entzittlichende Wirkung unsrer kleinen Gerichtsgefängnisse. Mir sind diese Stimmen von ganz besonderm Wert. Ihnen gegenüber muß mancher Einwurf, mancher Vorwurf verstummen, der dem preußischen Rechtslehrer nicht eripart zu werden pflegt, sobald er kritische Streifzüge ins heilige Land der Strafrechtspflege unternimmt.

Valentin, damals Strafanstaltsdirektor zu Wartenberg in Ostpreußen, sagte im Jahre 1869 (Das Verbrechen im preußischen Staat S. 63 f.): „Man hört oft die Zuchthäuser, in denen die Kollektivhaft vollstreckt wird, „Brutstätten des Lasters“ nennen. Ohne die Berechtigung dieses Epithetons absolut in Abrede stellen zu wollen, darf ich doch behaupten, daß diese Bezeichnung den Gerichtsgefängnissen in einem viel höhern Maße gebührt. . . . Ich glaube die Behauptung aufstellen zu dürfen, daß die Art und Weise, wie die Gefängnisstrafe zur Vollstreckung kommt, ein neues und wahrlich nicht unerhebliches Moment des Notstandes bildet, der einen hervorragenden Anteil an der Bildung und Ausdehnung des Gewohnheitsverbrechertums ausübt.“

Noch kräftiger hat sich ungefähr um dieselbe Zeit ein andrer preußischer Gefängnisdirektor geäußert. Man lese die Schilderung, welche Krohne 1868 in seiner Denkschrift über „die Organisation des Gefängniswesens mit besonderer Beziehung auf die kleinen Gefängnisse für Untersuchungs- und kurzzeitige Strafgefangene“ mit der ihm eigentümlichen Anschaulichkeit unterworfen hat:



„Gearbeitet wird in diesen Gefängnissen fast gar nicht, höchstens etwas Kartoffelschälen für die Küche, Waschen fürs Haus und im günstigsten Falle Arbeiten in des Gefangenwärters Garten, wobei es denn auch vorgekommen sein soll, daß er sie ganz gemächlich mit auf seinen Acker nimmt, was so lange gut geht, bis gelegentlich ein Gefangener entläuft. Wenn nun aber gar die Gefangenen bei den Bürgern der Stadt in Tagelohn gehen zum Holzsplaten und Gartenarbeiten, und abends ins Gefängnis zurückkehren mit Tabak, selbst Branntwein, den sie erbettelt oder gestohlen, wenn dann abends in den gemeinschaftlichen Räumen Tabak geraucht, Karten gespielt, selbst Branntwein getrunken wird, wo ist da die Grenze zwischen Strafe und Farce? . . . Das sind denn doch Zustände . . ., die mit einer vernünftigen Rechtspflege und einem geordneten Strafvollzug unvereinbar sind. Diese Zustände finden sich nicht vereinzelt in diesem oder jenem Lande, das ist der Durchschnittszustand der kleinen Gefängnisse in Deutschland, wie die auf eingezogenen Erkundigungen beruhenden Mitteilungen von d'Alinge zur Genüge beweisen; sie finden sich in großen Staaten so gut wie in kleinen, im Norden und Süden, im Osten und Westen. Was hilft es denn nun, die größeren Gefängnisse zu reformieren, wenn die kleinern Gefängnisse den Weg zu neuen Verbrechen und zu den Zuchthäusern bahnen?“

Man vergleiche damit die Ausführungen in der Statistik der unter dem Ministerium des Innern stehenden Strafanstalten, Jahrgang 1872 bis 1874: sie beweisen, daß man an dieser Stelle die Ansicht Krohnes vollinhaltlich teilt. Es ist das preussische Ministerium des Innern, welches das Verdammungsurteil Krohnes unterschreibt!

Aber vielleicht ist es anders und besser geworden seit der Gründung des Deutschen Reichs?

Ich beziehe mich wieder auf Krohne. In dem Werke: „Grundsätze für den Bau und die Einrichtung von Zellengefängnissen (Beschlüsse der Kommission, welche in der Versammlung des Vereins der deutschen Strafanstaltsbeamten zu Wien am 20. September 1883 zur Ausarbeitung dieser Normativbedingungen niedergelegt wurde“, 1885) sagt Krohne S. 40:

„Zunächst wurden in den Vorbesprechungen all die langjährigen und von den verschiedensten Seiten vorgebrachten Klagen über den mangelhaften Strafvollzug in den kleinen Ge-

fängnissen hervorgehoben. Es wurde darauf hingewiesen, daß von einer ernsten, irgend welchen nachhaltigen Eindruck machenden Strafe in den kleinen Gefängnissen keine Rede sei, daß die Strafe in den kleinen Gefängnissen, statt durch Besserung oder Abschreckung von neuen Verbrechen abzuhalten, meist zu neuen Verbrechen erziehe; statt Respekt vor dem Strafgesetze oder der Strafjustiz einzulösen, dieselbe in den Augen der Gesetzesverlezer herabsetze, um nicht einen härteren Ausdruck zu gebrauchen. Es wurde geltend gemacht, daß alle Verbesserungen an den großen Gefängnissen, in welche der fertige Verbrecher eingeliefert wird, nutzlos sind, solange noch der werdende Verbrecher seine erste, meist kurze Strafe in den kleinen Gefängnissen verbüßt. Aus diesen Gründen würde es das richtigste sein, auf die Beseitigung der kleinen Gefängnisse wenigstens als Strafgefängnisse mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu dringen, weil auch bei einer vollständigen Umgestaltung derselben höchstens einige der ärgerlichsten und anstößigsten Übelstände sich würden beseitigen, ein planmäßiger und wirksamer Strafvollzug in denselben aber niemals würde ermöglichen lassen.<sup>2)</sup>

v. Arnims Buch war das letzte deutsche Werk über Kriminalpolitik. Die Zeit war angebrochen, wo die spekulative Philosophie mit der historischen Schule auf allen Gebieten der Geisteswissenschaft um die Herrschaft rang. Das Strafrecht verfiel der Metaphysik und blieb ihr verfallen, auch als fast überall sonst ihre Herrschaft gebrochen war. Noch heute steckt uns Kriminalisten die Hegelsche Philosophie von der Schule her in allen Gliedern. Mühsam erhob sich neben der Spekulation, gestützt auf das Reichsrecht, eine positiv-dogmatische Richtung. Ihr verdanken wir die scharfe Begriffsbildung, die Entwicklung der allgemeinen Lehren. Für die Kriminalpolitik aber hatte die deutsche Wissenschaft kein Herz. Ruhig ließ sie die einseitig humanitären Freunde der Gefängnisverbesserung gewähren.

Wenn heute der Kampf gegen die kurzzeitige Freiheitsstrafe auf der ganzen Linie entbrannt ist, so verdanken wir dies einerseits den Anregungen französischer Schriftsteller, anderseits dem Mißbehagen unjrer deutschen Praktiker.

<sup>2)</sup> Man vergl. auch Krohne, Lehrbuch der Gefängniskunde 1889, insbesondere § 44.

Unter den Franzosen hat sich ganz besondere Verdienste Bonneville de Marjany durch seinen fortgesetzten Kampf gegen die kurzzeitige Freiheitsstrafe erworben. In seinem großen und bedeutamen kriminalpolitischen Werke: *De l'amélioration de la loi criminelle, en vue d'une justice plus prompte, plus efficace, plus généreuse et plus moralisante*, 1864, finden wir fast alle diejenigen Maßregeln zur Beschränkung der kurzzeitigen Freiheitsstrafe besprochen, welche noch heute den Gegenstand unserer Erörterungen bilden: bedingte Entlassung, Friedensbürgschaft, Strafarbeit ohne Einsperrung, richterlichen Verweis, Umgestaltung der Geldstrafe usw. Bis auf den heutigen Tag ist Bonneville de Marjany nicht müde geworden, seine Vorschläge in Wort und Schrift zu vertreten (vgl. *Bulletin de la société générale des prisons* XI 311).

Bonneville de Marjany hat einen großen und bleibenden Einfluß auf v. Holkendorff gewonnen. Schon 1864 besprach dieser in seiner Allgemeinen deutschen Strafrechtszeitung IV 642 eingehend und mit lebhafter Zustimmung die Vorschläge Bonneville de Marjany's. Seither hat er, unermüdlicher als ein anderer, bis an sein Lebensende die Forderungen einer einsichtigen, aber maßvollen Kriminalpolitik vertreten, den Mißbrauch der kurzzeitigen Freiheitsstrafe und die Übertreibungen der Zellenhaft bekämpft, Vorschläge zur Verbesserung der Strafgesetzgebung gemacht. Seinen letzten Lebensjahren entstammen die kleine Abhandlung im Gerichtsjaal XXXIX 1: „Die Richtungen des Strafvollzugs und der gegenwärtige Stand der sachverständigen Meinungen“, sowie die beachtenswerten Ausführungen im Handbuche des Gefängniswesens I 432.

In seinen kriminalpolitischen Anregungen und Bestrebungen liegt v. Holkendorffs bleibendes Verdienst; es wird dadurch nicht geschmälert, daß die orthodoxe Schulphilosophie sie ihm als Verirrungen auslegte und nachtrug.

Unter den deutschen Praktikern ragt Filling hervor als unergründlicher Rufer im Streite. Er hat es sich nicht verbrießen lassen, bei jeder Gelegenheit auf die Häufigkeit wie auf die Verderblichkeit der kurzzeitigen Freiheitsstrafe hinzuweisen.<sup>3)</sup> In den Ausführungen zur Statistik der unter dem Ministerium des Innern stehenden An-

<sup>3)</sup> Vgl. z. B. *Blätter für Gefängnisfunde* XV 87, XXII 148.

stalten ist er wiederholt auf die Frage eingegangen, seine Behauptungen auf unwiderlegliche Zahlenreihen stützend. Auf den Versammlungen des Vereins der deutschen Strafanstaltsbeamten hat er seine Stimme erhoben, um die Milde unsres Gesetzbuchs und die noch größere Milde unsrer Gerichte dem Verbrechen gegenüber zu betonen, eine Milde, welche der Gesellschaft, den Nichtverbrechern, gegenüber als eine beklagenswerte Härte erscheint. In seiner Abhandlung über „die Zahlen der Kriminalität in Preußen für 1854 bis 1884“ (Zeitschrift des Königlich preussischen statistischen Bureaus 1885 S. 73) hat er neue Thatfachen gesammelt und die alten zusammengestellt, um in der Kurzzeitigkeit der Strafen und in der Art des Strafvollzuges die beiden Übelstände nachzuweisen, welche vornehmlich der Vermehrung der Delikte und der Rückfälle Vorschub leisten.

Und Illing, ich betone es, urteilt nicht vom grünen Tisch weg, wie man uns „Professoren“ das vorwirft, sondern heraus aus der Fülle der Erfahrungen, die er in jahrelanger Thätigkeit gesammelt, geprüft und immer wieder geprüft hat.

Aber gar mancher andre Name ließe sich anführen. Medem und Mittelstädt, Stroffer und Sichart, Schmölder und Fulda, Aschrott und Köhne, von den Theoretikern Sontag und Lammersch, der Irrenarzt Kraepelin<sup>4)</sup> — mögen sie in ihren einzelnen positiven Vorschlägen noch so sehr voneinander abweichen, sie sind doch einverstanden über die Notwendigkeit einer

<sup>4)</sup> Medem: Über Strafzumessung und Strafmaß, Gerichtsaaal XXVI 590 (1874). Entwurf eines Gesetzes betreffend den Vollzug der Freiheitsstrafen, Z VII 135. Das Problem der Strafzumessung, Gerichtsaaal XL 161.

Mittelstädt: Gegen die Freiheitsstrafe 1879 und für und wider die Freiheitsstrafen Z II 419.

Stroffer: Blätter für Gefängnisstudie XXI 145.

Sichart: Die Rückfälligkeit der Verbrecher, 1881 (S. 42, 71).

Fulda: Die Gefängnisverbesserung und der Strafvollzug im Deutschen Reich, 1880. Das Verbrechen. Drei Vorträge, 1883.

Schmölder: Die Strafen des deutschen St.G.B. und deren Vollzug, 1885. Die Freiheitsstrafen und die Besserungstheorie. Preussische Jahrbücher LVIII 456.

Aschrott: Zur Reform des deutschen Strafen- und Gefängniswesens Z IX 1.

Köhne: Die Reform der deutschen Strafvollstreckung. Deutsches Wochenblatt, 25. April 1888.

Sontag: Beiträge zur Lehre von der Strafe Z II 515.

Lammersch: Über Zwecke und Mittel der Strafe Z IX 449.

Kraepelin: Abschaffung des Strafmaßes, 1880.

gründlichen Umgestaltung unsrer gegenwärtigen, durch die fast ausschließliche Verwendung der kurzzeitigen Freiheitsstrafe gekennzeichneten Strafrechtspflege; sie sind einig in der Überzeugung, daß die kurzzeitige Freiheitsstrafe schädlicher wirkt als die völlige Straflosigkeit des Verbrechens, daß wir in unsern kleinen Gerichtsgefängnissen auf Staatskosten Schulen des Verbrechens unterhalten, daß eine der Hauptursachen der Rückfälligkeit in unserm Strafenystem zu suchen ist.

**Eine Strafe, die das Verbrechen fördert:** das ist die letzte und reifste Frucht der „vergeltenden Gerechtigkeit“!

Und wie viele Abhandlungen und Aufsätze in Zeitungen und Zeitschriften, wie viele Reden in Vertretungskörpern und Vereinsversammlungen ließen sich noch anreihen, wenn es darauf ankäme, nicht nur ein Stimmungsbild zu geben, sondern das vollständige Material zu beschaffen!

Selbst Heinze hat in das Album des Römer Gefängniscongreßes 1885 den zweifelnden Ausdruck eingetragen:

„Die Freiheitsstrafe in der Gestalt der Einsperrung ist weit davon entfernt, eine dem Wesen der Strafe vollkommen entsprechende Maßregel zu sein; ihre Beibehaltung ist nur zu rechtfertigen durch den Mangel eines geeigneten Strafmittels.“

Fast scheint es überflüssig, darauf hinzuweisen, daß auch außerhalb Deutschlands dieselbe Erscheinung sich zeigt: die fast ausschließliche Verwendung der kurzzeitigen Freiheitsstrafe, die verderbliche Wirkung derselben, die steigende Erbitterung gegen dieses ungeeignete Strafmittel, das wachsende, aber noch unsichere Bemühen, etwas andres an ihre Stelle zu setzen.

Auch hier kann es mir, und mehr noch als für das Deutsche Reich, nur darauf ankommen, auf gut Glück einige Schriftsteller herauszugreifen. Die Sammlung des Materials liegt auch hier weder in meiner Aufgabe noch in meiner Absicht.

Beginnen wir mit Frankreich.

Der Zustand der kleinen französischen Gefängnisse kann als bekannt vorausgesetzt werden. Es wird uns nicht überraschen, wenn wir in dem oben erwähnten Album den drastischen Ausdruck Lacassagnes finden: *A notre époque la justice flétrit, la prison corrompt et les sociétés ont les criminels qu'elles méritent.*

Und in demselben Album schreibt A. Ribot:

„In meinen Augen gibt es nichts Barbarischeres als den

Mißbrauch der Gefängnisstrafe in den Fällen leichter Vergehungen. Ich bin der Ansicht, daß der Richter die Nachvollkommenheit haben muß, der Gefängnisstrafe einige Tage der Arbeitsleistung oder je nach der Natur der Umstände einen einfachen Verweis zu substituieren. Man wird in Zukunft erstaunt sein, daß eine so einfache und notwendige Reform Gegenstand langwährender Diskussion sein konnte.“

In Garrauds und Lacassagnes Archives de l'anthropologie criminelle III 555 äußert sich Emile Gautier auf Grund eigener Anschauungen über die französischen Gesetze dahin:

„En vérité, la prison, telle quelle est organisée, est un véritable cloaque épanchant dans la société, un flot continu de purulence et de germes de contagion physiologique et morale. Elle empoisonne, abrutit, déprime et corrompt. C'est à la fois une fabrique de phthisiques, de fous et de criminels.“

Und im selben Sinne, wenn auch weniger drastisch, jagt Fernand Desportes La réforme pénitentiaire en Suède, 1882, S. 20:<sup>5)</sup>

„Les petites prisons sont, en général, la pépinière des maisons centrales. Les malfaiteurs y font leur première étape; ils s'y affermissent dans leurs mauvais dessins; ils y forment de coupables relations; ils y acquièrent une expérience funeste; entrés dans ces établissements pour quelque délit peu grave, ils en sortent souvent capables des plus grands forfaits.“

Der Verfasser hebt (S. 15) rühmend hervor, daß der schwedische Gesetzgeber im allgemeinen die kurzzeitige Freiheitsstrafe und die wiederholten Verurteilungen nicht zugelassen habe: „il en comprend les déplorables effets, effets que, chez nous, tous les criminalistes, signalent et déplorent, tandis que les tribunaux semblent prendre à tâche d'en multiplier la cause.“

In Italien sind die Anhänger der verschiedensten Richtungen über die Verwerflichkeit der kurzzeitigen Freiheitsstrafe einig.

<sup>5)</sup> Vgl. unter vielen andern auch Labroquère: Bulletin XII 56. Die Milde der französischen Gerichte ergibt sich aus den Tabellen der Kriminalstatistik und ist von den Großiegelbewahrern wiederholt, aber vergeblich, gerügt worden.

Lucchini, Beltrani-Scalia, Lombroso, Ferri, Garofalo, Alimena begegnen sich hier in denselben Urteile.

Aber liegt dieser Mißerfolg der kurzzeitigen Freiheitsstrafe nicht vielleicht nur in der schlechten Einrichtung der kleinen Gefängnisse? Haben nicht vielleicht doch die unerjchütterlichen Anhänger des Zellsystems recht, wenn sie von der strengen Durchführung der Einzelhaft die Beseitigung aller Mißstände erwarten?

Ich will nicht in Abrede stellen, daß durch die Zellenhaft die gegenseitige Verpestung der Gefangenen fast völlig vermieden werden kann. Das ist aber auch alles, was ich zugebe. Eine nach Tagen oder auch nach Wochen bemessene Zellenhaft, mit Arbeit, Befestigung und ohne Prügel, hat auf verkommene oder verkommende Naturen keine abschreckende Wirkung. Und bessern wird man erst recht nicht in vierzehn Tagen.

Ich glaube auch ferner behaupten zu dürfen, daß eine vollständige Durchführung der Zellenhaft in den kleinen Gefängnissen in Frankreich, Deutschland und anderswo noch lange auf sich warten lassen wird; und ich bin für meine Person sogar der sehr bestimmten Ansicht, daß wir das dazu nötige Geld besser verwerten können.

Daß aber selbst dann, wenn wir die nötigen Millionen flüssig machten, gar nichts gewonnen wäre, daß der Grundmangel der kurzzeitigen Freiheitsstrafe nicht in der Art ihrer Vollstreckung, sondern eben in ihrer Kurzzeitigkeit gelegen ist, das beweist uns ein Blick auf das Musterland der Zellengefängnisse.

Für Belgien hat Prins wiederholt mit scharfem Tadel auf das Überwiegen der kurzzeitigen Freiheitsstrafen hingewiesen. So in seinem Buche: *Criminalité et répression* 1886, insbesondere S. 91 ff. und in einer 1888 aus der *Revue de Belgique* abgedruckten Abhandlung über das später zu erwähnende Gesetz vom 31. Mai 1888 (*loi sur la libération conditionnelle et les condamnations conditionnelles*) insbesondere S. 10 f. „Ces chiffres,“ sagt er an der erstangeführten Stelle, „semblent témoigner surtout de la mansuétude du juge. Ils sont, en réalité, la preuve du formidable abus qui, chez nous comme en France, se fait des petites peines.“

Denselben Standpunkt hat der belgische Justizminister Le Jeune in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. Mai 1888 mit den Worten eingenommen: „je crois, qu'on peut dire, sans crainte d'être démenti, qu'aujourd'hui l'inefficacité absolue de



l'incarcération, lorsque l'imprisonnement n'est que de courte durée, est péremptoirement démontrée."

Und noch ein paar Stimmen aus einem andern Lande, dessen Einrichtungen uns ebenfalls vielfach als Muster empfohlen worden sind, aus England, wo die „Penologie“, an die bewährtesten Vorbilder anknüpfend, bis zum heutigen Tage zahlreiche und erfahrene Vertreter gefunden hat.

Die Wiederholung kurzer Freiheitsstrafen hat die Howard Association schon 1872 in ihrer dem Londoner Gefängniscongreß überreichten Denkschrift: *Defects in the criminal law administration* als ein kostspieliges Unrecht gegen die Steuerzahler und das Publikum im allgemeinen (a costly injury to the ratepayers and to the public generally) bezeichnet.

Und neuerdings hat auch Tallaç, der altbewährte unermüdlische Schriftführer der Howard Association, seiner Überzeugung, daß die Wirksamkeit der Einsperrung bei weitem überschätzt worden sei, sehr bestimmten Ausdruck gegeben. Aus seinem höchst beachtenswerten Buche: *Penological and preventive principles* (London, 1889) ließe sich eine ganze Reihe von hierher gehörenden Aussprüchen anführen. So lesen wir S. 51: *there is an increasing impression, amongst experienced observers, that the efficacy of even the best systems of imprisonment, has, all along, been exceedingly overestimated, and that their disadvantages, both to the State and to the criminal, have been too much lost sight of.* Und S. 391 faßt er seine Ansicht in den Worten zusammen: *Progress in this departement will, as it has been here urged, be greatly promoted by an increased resort to judiciously administered substitutes for imprisonment, including conditional liberty or probation, sentences of liability to detention, but not necessarily involving that infliction; fines, and moderate corporal chastisements, as merciful and economical alternatives, in lieu of prolonged incarceration. In these matters, the present writer has united in the views approved by an increasing proportion of penologists.*

Die Wichtigkeit der Frage, ob, unter welchen Voraussetzungen und auf welche Weise die kurzzeitige Freiheitsstrafe beseitigt oder beschränkt werden kann, wird heute denn auch gerade von denjenigen Männern betont, welche, mit dem heutigen Stande des Gefängnis-

wesens am besten vertraut, der Verbesserung desselben ihre besondere fürsorgende Aufmerksamkeit gewidmet haben.

Schon auf dem ersten Internationalen Gefängnistongreß zu London 1872 war die Frage:

Is it possible to replace short imprisonments and the nonpayment of fines by forced labour without privation of liberty?

Gegenstand eingehender Beratung gewesen (Report S. 155).

Graf Foresta vertrat die bejahende Beantwortung und fand damit lebhaften Beifall im Schoße der Versammlung. Tallad, Collins, John Bowring, v. Holzendorff unterstützten den Vorschlag Forestas, während Stevens und MacKay ihn für undurchführbar erklärten. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Eine abermalige Erörterung des Gegenstandes brachte der dritte Internationale Gefängnistongreß Rom 1885. Die zweite Frage der Ersten Abteilung lautete:

Ne pourrait on pas utilement remplacer, pour certains délits, les peines d'emprisonnement ou de détention, par quelque autre peine restrictive de la liberté, telle que le travail dans quelque établissement public sans détention ou l'interdiction à temps d'un lieu déterminé; ou bien en cas d'une première faute légère, par une admonition? (Vgl. Comptes rendus I 179, II 417.)

Wieder wurde der Gedanke, Ersatzmittel für die kurzzeitige Freiheitsstrafe zu schaffen, vertreten von Reichmann, Nocito und vielen andern, von allen Seiten sympathisch begrüßt. Aber über die praktische Durchführung desselben konnte man sich nicht einigen, und die Beratung endete, ohne daß ein bestimmter Beschluß gefaßt worden wäre.

Für die Beratungen des zu Petersburg im Sommer 1890 zusammen tretenden vierten Kongresses ist die Frage, nunmehr aber in folgender Fassung, wiederholt:

Pour quel genre d'infractions à la loi pénale, sous quelles conditions et dans quelle mesure conviendrait-il d'admettre dans la législation:

a) Le système des admonitions ou remontrances adressées par le juge à l'auteur des faits réprobés et tenant lieu de toute condamnation?

b) Le mode de suspension d'une peine, soit

d'amende, soit d'emprisonnement ou tout autre que le juge prononce, mais qu'il déclare ne devoir pas être appliquée au coupable, tant qu'il n'aura pas encouru de condamnation nouvelle?

Von Wulfert in Moskau, Dreifus in Paris, v. Kirchenshain in Heidelberg, sowie von dem Schreiber dieser Zeilen sind Gutachten über die Frage eingefordert worden.

Auch auf der ersten, am 7. und 8. August dieses Jahres zu Brüssel abzuhaltenden Versammlung der „internationalen kriminalistischen Vereinigung“ lautet die zweite der zur Beratung gestellten Fragen (die erste betrifft die unten besprochene bedingte Verurteilung des belgischen Rechts):

Welche Maßregeln kann man dem Gesetzgeber empfehlen, um die Anwendung des Gefängnisses bei Verurteilung wegen leichterer Vergehungen einzuschränken?

Die von Garofalo und mir über diese Frage erstatteten Gutachten sind im ersten Hefte der „Mitteilungen der Internationalen kriminalistischen Vereinigung“ (Beilage zum letzten Hefte der „Zeitschrift“) zum Abdruck gebracht.

An eingehender und vielseitiger Erörterung der Ersatzmittel für die kurzzeitige Freiheitsstrafe wird es demnach im Laufe der nächsten Jahre nicht fehlen.

Die Ausführungen der beiden folgenden Abschnitte sind dazu bestimmt, die Erörterung anzuregen und zu fördern, nicht ihr vorzugreifen. Ich möchte zunächst aus Litteratur und Gesetzgebung das mir zugängliche Material zusammentragen, dann aber meine eigene Ansicht vortragen und begründen. Diese meine Ansicht kann nur eine vorläufige, keine endgültige sein. Besserer Belehrung werde ich dabei stets freudig und dankbar zu folgen wissen.

## VI. Die Ersatzmittel der kurzzeitigen Freiheitsstrafe.

### 1. Der Stand der Frage.

Wenn Heinze die Beibehaltung der Freiheitsstrafe in der Gestalt der Einsperrung überhaupt nur aus dem Mangel eines geeigneten andern Strafmittels erklären und rechtfertigen zu können meint, so läßt sich gewiß mit um so größerem Rechte die Behauptung aufstellen, daß die Beseitigung oder Beschränkung der kurzzeitigen Freiheitsstrafe in dem Augenblicke erfolgen muß, in welchem es gelungen

sein wird, andre Strafmittel oder strafvertretende Einrichtungen an ihre Stelle zu setzen. An Vorschlägen in der Litteratur, an Vorbildern in der Gesetzgebung fehlt es nicht. Ich möchte im folgenden diese Vorschläge und Vorbilder sammeln und damit den Beweis dafür erbringen, daß die Frage so gut wie spruchreif ist. Die Ausführung meiner eignen Ansicht bleibt einem weitem Abschnitte vorbehalten. Dabei lasse ich, dem Zwecke meiner Ausführungen entsprechend, die Frage zunächst gänzlich unerörtert, ob es nicht möglich wäre, die der kurzzeitigen Freiheitsstrafe unsrer Tage anhaftenden Mängel durch eine veränderte Gestaltung des Strafvollzuges zu beseitigen.

Ich beginne mit demjenigen Ersatzmittel für die kurzzeitige Freiheitsstrafe, welches, obgleich der Zeit nach das letzte unter den vorgeschlagenen, doch meines Erachtens den begründetsten Anspruch auf ernste Beachtung zu erheben berechtigt ist.

# I. Die Aussetzung der Strafvollstreckung. (Die sogenannte „bedingte Verurteilung“.)

Geht man von dem Gedanken aus, daß die Tage und Nächte, welche der zum ersten Male Verurteilte in dem Gefängnisse zubringt, zusammengeworfen mit graugewordenen Verbrechern, ohne Beschäftigung und ohne Aufsicht, in zahlreichen, ja in den meisten Fällen entscheidend sind für sein späteres Leben; daß sein Ehrgefühl gebrochen, die Scheu vor der Strafe vernichtet ist; daß die erste kurze Freiheitsstrafe nur die erste Stufe ist, die zum Rückfall und durch diesen zum unverbeßerlichen Gewohnheitsverbrechertum führt; ist man sich klar darüber, daß auch die kurze Einzelhaft nicht bessert oder abschreckt, sondern nur abstumpft und die stärkste Triebfeder knickt, welche von der Verbrecherlaufbahn zurückhält, die Achtung vor sich selbst -- dann liegt die Schlußfolgerung nahe genug, daß es sich empfehlen müßte, dem Erstverurteilten eine Frist zu gewähren, ehe die Gesellschaft ihn preisgibt, noch einmal sein Schicksal ihm in seine eigne Hand zu legen, damit er sich zu bewähren, sich zu retten in der Lage sei.

Auf diesem Gedanken ruht die Aussetzung der Strafvollstreckung, wie ich sie genannt habe, oder der *sursis à l'exécution de la peine*, die *condamnation conditionnelle*, der *conditional release*, die *sospensione della pena*. das Probationssystem, wie man anderswo sich auszudrücken pflegt.

Das Verdienst der ersten Anregung dieser Einrichtung gebührt Béranger. In einem Gesetzesvorschlage (Bulletin de la société générale des prisons VIII 550) sur l'aggravation progressive des peines en cas de récidive et sur leur atténuation en cas de premier délit, welchen Béranger im Jahre 1884 dem Senate machte, finden wir folgende Bestimmung:

„En cas de condamnation à l'emprisonnement, si les circonstances sont atténuantes, si en outre l'inculpé n'a pas subi de condamnation et que sa conduite antérieure, sa situation, ses marques de repentir paraissent offrir des garanties suffisantes, les tribunaux correctionnels sont autorisés, après avoir prononcé la condamnation, à ordonner par décision motivée qu'il sera sursis à l'exécution de la peine, tant que le condamné ne donnera pas de nouveaux sujets de plainte.

En cas de seconde condamnation dans le délai de cinq ans, la première peine est d'abord exécutée et ne peut se confondre avec la seconde.

Son exécution commence à courir du jour de l'arrestation.“

Die Aussetzung der Strafvollstreckung führt mithin zur Straffreiheit, wenn der Verurteilte im Laufe der nächsten fünf Jahre nicht abermals eine strafbare Handlung begeht.

Der Vorschlag fand die Zustimmung des mit seiner Beratung betrauten Senatsausschusses. Dabei ist es bis zum Augenblicke geblieben. Aber die von Béranger gegebene Anregung scheint auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Wiederholt tauchten übereinstimmende Vorschläge auf. So in der sogenannten loi du pardon, welche von Michaux dem Senat vorgelegt und von diesem in der Sitzung vom 12. Dezember 1885 in Erwägung gezogen wurde (Bulletin X 259). In § 2 finden wir, ganz wie bei Béranger, den „sursis à l'exécution de la peine“. Ähnlich in dem von Reybert und Genossen im Jahre 1886 an die zweite Kammer gerichteten Vorschlag (Bulletin X 1091), doch ist hier die Fassung eine etwas andre, und unterscheidet sich von derjenigen Bérangers insbesondere durch einen bedenklichen Mangel an Klarheit und Bestimmtheit. § 1 verfügt:

„Les tribunaux correctionnels, appréciant la gravité des délits et la valeur morale des délinquants

traduits devant eux, pourront décider que la peine encourue ne sera pas appliquée et ordonner la mise en liberté suspensive des condamnés.“

Eingehend wurde die Frage auch im Schoße der Société générale des prisons erörtert. Die erste Abteilung der Gesellschaft schloß sich mit einer nicht unwesentlichen Abweichung an die von Béranger gewählte Fassung an. Der Eingang der Bestimmung sollte lauten: En cas de condamnation à un emprisonnement de moins d'un mois (usw.) Bei Verurteilung zu schwererer Freiheitsstrafe sollte die Aussetzung der Strafvollstreckung ausgeschlossen bleiben (Bulletin XII 150). Die Anträge der Abteilung sind, soviel ich weiß, in der Vollversammlung der Gesellschaft noch nicht zur Beratung gekommen. Doch hat sich unter andern Labroquère (Bulletin XII 62) für dieselben ausgesprochen.

Inzwischen hatte Bérangers Gedanke in Belgien rasche und kräftige Verwirklichung gefunden. Nachdem Prins schon 1880 (*Criminalité et répression* S. 109) die Aussetzung des Strafvollzuges vorgeschlagen hatte, überreichte Justizminister Le Jeune in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 24. März 1888 einen Gesetzesvorschlag betreffend die Einführung der bedingten Entlassung und der bedingten Verurteilung (*condamnation conditionnelle*). Die Begründung des Entwurfs betont, die Wirkungslosigkeit, ja Schädlichkeit der kurzzeitigen Freiheitsstrafe. Die Verhandlungen der beiden Häuser im Mai desselben Jahres brachten keine neuen Gesichtspunkte. Unter dem 31. Mai 1888 wurde das neue Gesetz veröffentlicht. Wir haben den französischen Wortlaut des ganzen Gesetzes oben S. 340 mitgeteilt; der uns hier allein interessierende Art. IX bestimmt:

„Les cours et tribunaux, en condamnant à une ou plusieurs peines, peuvent, lorsque l'emprisonnement à subir, soit comme peine principale ou subsidiaire, soit par suite du cumul de peines principales et de peines subsidiaires, ne dépasse pas six mois et que le condamné n'a encouru aucune condamnation antérieure pour crime ou délit, ordonner par décision motivée qu'il sera sursis à l'exécution du jugement ou de l'arrêt, pendant un délai dont ils fixent la durée, à compter de la date

du jugement ou de l'arrêt, mais qui ne peut excéder cinq années.

La condamnation sera considérée comme non avenue si, pendant ce délai, le condamné n'encourt pas de condamnation nouvelle pour crime ou délit.

Dans le cas contraire, les peines pour lesquelles le sursis a été accordé et celles qui font l'objet de la nouvelle condamnation sont cumulées."

Die Bedingungen, unter welchen die Aussetzung des Strafzuges bewilligt werden kann, sind nach dem belgischen Gesetze mithin die folgenden:

1. Die erkannte Freiheitsstrafe darf die Dauer von 6 Monaten nicht übersteigen.

2. Der Verurteilte darf noch nicht wegen Verbrechens oder Vergehens verurteilt worden sein.

Die Wirkung der Aussetzung ist entweder

1. Straffreiheit, wenn der Verurteilte während des im Urteil bestimmten, fünf Jahre niemals übersteigenden Zeitraums keine neue Verurteilung wegen Verbrechens oder Vergehens erlitten hat; oder

2. nachträgliche Vollstreckung der zuerkannten Strafe, wenn eine solche Verurteilung eintritt.

Gegenüber dem Vorschlage von Bérenger zeichnet sich das belgische Gesetz durch größere juristische Bestimmtheit aus. Kleine Schwierigkeiten in der Handhabung des Gesetzes werden nicht ausbleiben. Bei besserer Fassung des Gesetzes können sie aber leicht vermieden werden. So entsteht die schon während der Beratung des Entwurfs von dem Abgeordneten Woeste (Sitzung vom 16. Mai 1888) aufgeworfene Frage, ob die Aussetzung ein zweites Mal demjenigen bewilligt werden könne, welcher nach Ablauf der Frist eine neue strafbare Handlung begangen hat. Minister Le Jeune ist allerdings der Ansicht, daß diese Frage ohne Zweifel verneint werden müsse. Aber ich halte seine Ansicht dem Wortlaute des Gesetzes gegenüber für unmöglich. Die Verurteilung soll als „non avenue“ betrachtet werden; das kann nichts anderes heißen, als daß sie rechtlich nicht mehr vorhanden ist. Eine nicht vorhandene Verurteilung aber ist keine Verurteilung. Ich sehe nicht ein, wie man über dieses Bedenken hinwegkommen will. Völlig unklar bleibt ferner das Verhältnis der Vollstreckungsverjährung zu der durch



Ablauf der Aussetzungsfrist bewirkten Beseitigung des verurteilenden Erkenntnisses. Die verschiedene Dauer dieser und der Verjährungsfrist kann leicht zu schweren Unzukömmlichkeiten führen. Auch bleibt nach dem Wortlaute des Gesetzes die Frage offen, ob durch eine im Auslande erfolgte Verurteilung die Bewilligung der Aussetzung gehindert, beziehungsweise die nachträgliche Vollstreckung der Strafe herbeigeführt wird. Durch Begnadigung des Verurteilten wird wohl die Aussetzung der Vollstreckung in unbedingte Straffreiheit verwandelt: aber ganz bestimmt geht das aus dem Gesetze nicht hervor und auch in dem Falle der Begnadigung erhebt sich die Frage, ob bei Begehung eines neuen Deliktes die abermalige Bewilligung der Aussetzung zulässig ist.

Aber trotz dieser und anderer Mängel bedeutet das belgische Gesetz einen hoch beachtenswerten Versuch, mit dem ganzen Jammer der kurzzeitigen Freiheitsstrafe aufzuräumen und den Gelegenheitsverbrecher vor der sittlichen Verderbnis zu schützen, welche ein nach Tagen oder Wochen bemessener Aufenthalt im Gefängnis, mag dieses auch nach belgischem Muster mit der genügenden Anzahl von Einzelzellen versehen sein, notwendig mit sich bringt.

Das belgische Gesetz vom 31. Mai 1888 hat denn auch in der Wissenschaft die ihm gebührende Beachtung gefunden. In der allgemeinen österreichischen Gerichtszeitung 1889 No. 1 bis 3 hat Brunner auf das Gesetz hingewiesen und mit seiner Zustimmung nicht zurückgehalten. Lammasch Z IX 448 empfiehlt die Aussetzung der Strafvollstreckung mit oder ohne Auferlegung einer Friedensbürgschaft.<sup>6)</sup> Auch v. Jagemann schlägt in den Blättern für Gefängniskunde XXIV 17 die Einführung der „bedingten Verurteilung“ im Sinne der belgischen Gesetzgebung vor, bemerkt dabei aber, daß die obere Grenze von sechs Monaten „vielleicht“ zu hoch gegriffen sei.<sup>7)</sup> In Italien hat sich insbesondere B. Alimena (*Rivista penale* XXVII 557) für die *sospensione della pena* neben dem richterlichen Verweis ausgesprochen. Daß unter den Beratungsgegenständen für den vierten internationalen Gefängnistongreß (Petersburg 1890) der *sursis à l'exécution* sich befindet, habe ich bereits oben S. 753 angeführt. Auch die erste Versammlung der

<sup>6)</sup> Vgl. auch Prins und Lammasch in den Mitteilungen der Internat. crimin. Vereinigung I 28 und 34; sowie v. Liszt daselbst I 44.

<sup>7)</sup> Vgl. auch Berner in der Nationalzeitung vom 20. Juni 1889.

Internationalen kriminalistischen Vereinigung wird sich, wie bereits bemerkt, mit der Frage beschäftigen.

Die Aussetzung der Strafvollstreckung ist der deutschen Rechtspflege vor 1870, insbesondere den Polizeibehörden durchaus nicht fremd gewesen. Genauere Prüfung der deutschen Landesrechte, die mir an dieser Stelle nicht möglich ist, würde manches interessante Ergebnis zu Tage fördern. Aber nicht unterlassen kann ich es, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß im März 1888, noch ehe Le Jeune den belgischen Kammern seinen Gesetzentwurf vorlegte, ein preussischer Strafanstaltsdirektor (Wirth-Plögensee) dem preussischen Justizminister die Einführung folgender gesetzlicher Bestimmung vorschlug:

„Bei Aburteilung von Personen, deren Verhältnisse durch die Verbüßung einer Freiheitsstrafe besonders schwer betroffen würden, namentlich bei jugendlichen Personen, ist der Richter ermächtigt, mit Festsetzung der urteilsmäßigen Strafe, falls diese nur in Entziehung der Freiheit bestehen kann, auszusprechen, daß die Strafe vorläufig nicht vollstreckt werden soll, jedoch nur in dem Falle, wenn der Abgeurteilte zum erstenmal gerichtlich bestraft wird und das Urteil auf nicht länger als einen Monat Strafzeit lautet.

Zu jedem solchen Urteil hat der Richter eine Garantiefrist von mindestens 2 und höchstens 3 Jahren, die vom Tage des Urteilsauspruches an gerechnet läuft, festzusetzen.

„Innerhalb dieser Garantiefrist darf der vorläufig Abgeurteilte vor keinem deutschen Gericht wegen irgend einer strafbaren Handlung zur Bestrafung kommen.

Hat er dieser Bedingung genügt, so gilt die vorläufig nicht vollstreckbare Strafe als verbüßt.

Hat er sich innerhalb der Garantiefrist wieder strafbar gemacht, so wird die vorläufig nicht vollstreckbare Strafe alsdann an ihm vollstreckt. Die Nichteinhaltung der Garantiefrist bildet für die neue Aburteilung bei der Strafausmessung einen Grund zur Strafschärfung.

Außerdem kann der Richter für den Ausspruch der vorläufigen Nichtvollstreckbarkeit eines Urteils sich von dem Abgeurteilten oder für diesen von dritten Personen auf die Dauer der Garantiefrist eine Kaution in Geld im

Beträge von 10 bis zu 10 000 Mark bestellen lassen. Die Kaution ist zur Staatskasse verfallen, wenn die vorläufig nicht vollstreckbare Strafe doch noch zur Vollstreckung kommen mußte; sie wird zurückgegeben, wenn dies nicht der Fall gewesen ist."

Die Begründung des Vorschlages steht auf demselben Standpunkte wie Béranger und das belgische Gesetz. Ob der Vorschlag irgend welche Beachtung gefunden hat, ist mir nicht bekannt.

Dagegen ist begründete Aussicht dafür vorhanden, daß die Aussetzung der Strafvollstreckung demnächst in das österreichische Recht Eingang finden wird. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Bareuther hat Justizminister Graf Schönborn am 29. Mai d. J. folgenden Gesetzentwurf dem Abgeordnetenhause vorgelegt:

"Das Gericht kann den Aufschub des Vollzuges einer zuerkannten, die Dauer von sechs Monaten nicht übersteigenden Freiheitsstrafe mit der Wirkung beschließen, daß die Strafe als abgehüßt anzusehen ist, wenn der Verurteilte innerhalb der vom Gerichte festgesetzten Zeit, welche die Dauer von drei Jahren nicht übersteigen darf, ein Verbrechen oder Vergehen nicht begangen hat.

Dieser Beschluß kann nur bei Personen ausgesprochen werden, welche wegen Verbrechens oder Vergehens noch nicht verurteilt worden sind, von denen mit Grund Besserung zu erwarten ist, und deren Heimatsangehörigkeit festgestellt ist.

Diese Bestimmung gilt nicht von Freiheitsstrafen, welche im Falle der Uneinbringlichkeit von Geldstrafen an deren Stelle zu treten haben.

Nach Ablauf der im Beschluß angegebenen Zeit hat das Gericht die Erlösung der Freiheitsstrafe auszusprechen.

Der Vollzug von Nebenstrafen und der Eintritt der mit einer Verurteilung verbundenen Rechtsfolgen wird von dem Beschlusse auf Aufschub des Strafvollzuges nicht berührt.

Wenn das Ende der Rechtsfolgen von der Zeit der Abbüßung der Strafe zu berechnen ist, so tritt dieses Ende mit dem Ausspruche des Gerichtes auf Erlösung der Strafe ein.

Für das Einführungsgezet: Der Beschluß auf

Aufschub des Strafvollzuges in Gemäßheit des Paragraphen des Strafgesetzes muß bei Verkündung des Urteils eröffnet werden.

Die Beschlußfassung steht dem Gerichte erster Instanz und wenn gegen den Ausspruch bezüglich der Schuld oder der Strafe ein Rechtsmittel ergriffen wird, dem Gerichte zu, welches über die abzubüßende Freiheitsstrafe zu entscheiden hat.

Der Staatsanwaltschaft steht das Recht der Beschwerde gegen den Beschluß auf Aufschiebung des Strafvollzuges und auf Erlöschung der Strafe zu. Gegen den vom Gerichte erster Instanz zu fassenden Beschluß, daß die Strafe ungeachtet des auf Aufschub des Vollzuges ergangenen Ausspruches in Vollzug zu setzen ist, hat der Verurteilte das Beschwerderecht.

Die Beschwerde, welche binnen drei Tagen nach Bekanntgabe des Beschlusses anzubringen ist, geht gegen Beschlüsse der Gerichtshöfe erster Instanz an das Oberlandesgericht und gegen Beschlüsse der Bezirksgerichte an den Gerichtshof erster Instanz.“

Wie sehr der Gedanke eines Aufschubs der Strafvollstreckung in der Luft liegt, beweist endlich noch ein flüchtiger Blick auf die englisch-amerikanische Gesetzgebung der letzten Jahre.

In Massachusetts (Vereinigte Staaten) wurde das schon seit 1870 gegen jugendliche Verbrecher zur Anwendung gebrachte Probation System im Jahre 1878 versuchsweise für die Stadt Boston, 1880 für den ganzen Staat auch auf Erwachsene ausgedehnt. Wenn Hoffnung vorhanden ist, daß der Angeklagte auch ohne Bestrafung sich bessern wird, kann auf Antrag des Probation Officer (eines von den Behörden dazu bestellten Privatmannes) der Gerichtshof erlauben, daß, anstatt der Aburteilung, die Stellung unter „Probation“ eintrete. Der Angeklagte steht in diesem Falle während der vom Gerichte bestimmten, zwischen 2 und 12 Monaten ausgemessenen Zeit unter der Aufsicht des Probation Officer, der ihn mit Rat und That zu unterstützen, bei schlechter Führung aber, ohne daß es eines Haftbefehles bedarf, zu verhaften und vor Gericht zu stellen hat. Dieses kann nunmehr entweder mit der Aburteilung vorgehen oder irgend eine andre im Gesetze zugelassene Anordnung treffen<sup>5)</sup>.

<sup>5)</sup> Vgl. Tallat 299, sowie neuerdings Aschrott: Aus dem Strafen- und Gefängniswesen Nordamerikas, 1889, S. 39.

Die guten Erfolge dieser Einrichtung veranlaßten die Howard Association im Jahre 1881 die Aufmerksamkeit der maßgebenden Personen Englands auf dieselbe zu lenken. Diese Bemühungen führten zu einem von Howard Vincent eingebrachten Gesetzesentwurf, welcher im Jahre 1887 als „The Probation of first Offenders Act“ (Gesetz vom 8. August 1887) angenommen wurde.<sup>9)</sup>

Das englische Gesetz bildet ein interessantes Gegenstück zu der belgischen *Condamnation conditionelle*.

Der Probation of first offenders act vom 8. August 1887 räumt dem Richter das Recht ein, die Aburteilung auf eine bestimmte Zeit zu vertagen, wenn der Angeklagte noch keine Verurteilung erlitten hat, wenn die ihm zur Last gelegte That nicht mit einer höhern als zweijährigen Gefängnisstrafe bedroht ist, und wenn endlich der Angeklagte sich über einen bestimmten Wohnsitz und genügende Unterhaltungsmittel ausweisen kann. Der Freigelassene muß sich, mit oder ohne Bürgschaftsleistung, verpflichten, auf Verlangen sich wieder vor Gericht zu stellen. Die abermalige Begehung einer strafbaren Handlung hat Festnahme und Aburteilung zur Folge.<sup>10)</sup>

Ohne Zweifel verdient das belgische Gesetz den Vorzug vor dem englischen. Unserer deutschen Rechtsanschauung wenigstens würde es

<sup>9)</sup> Eine französische Übersetzung dieses Gesetzes, welches den ausführlichen Namen hat: „An act to permit the conditional release of first offenders in certain cases“, findet sich (mit einer kurzen Einleitung von Albert Sigot) im *Annuaire de législation étrangère* XVII 52.

<sup>10)</sup> Ich gebe hier den Wortlaut der wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes wieder.

In any case, in which a person is convicted of larceny, or false pretences, or any other offence punishable with not more than two years' imprisonment, before any Court, and no previous conviction is proved against him, if it appears to the Court before whom he is so convicted, that, regard being had to the youth, character, and antecedents of the offender, to the trivial nature of the offence, and to any extenuating circumstances under which the offence was committed, it is expedient, that the offender be released on probation of good conduct, the Court may, instead of sentencing him at once to any punishment, direct that he be released on his entering into a recognizance, with or without sureties, and during such period as the Court may direct, to appear and receive judgement when called upon, and in the meantime to keep the peace and be of good behaviour.

The Court may, if it thinks fit, direct that the offender shall pay the costs of the prosecution, or some portion of the same, within such period and by such instalments as may be directed by the Court.

gewiß widersprechen, eine Freiheit und Ehre immerhin tief genug schädigende Maßregel gegen den Angeeschuldigten eintreten zu lassen, ohne daß die Begehung einer strafbaren Handlung urteilsmäßig feststeht. Aber der Grundgedanke ist in beiden Gesetzen derselbe, und das fällt um so mehr ins Gewicht, als der Probation of first offenders act bei der Beratung des belgischen Gesetzes gänzlich unerwähnt geblieben ist, wohl auch damals den maßgebenden Personen noch nicht bekannt geworden war.

## II. Zwangsarbeit ohne Einsperrung.

Der squalor carceris, der Schmutz, den der entlassene Gefangene aus der Strafanstalt mitbringt und von dem er sein Leben lang seine Seele nicht wieder freimachen kann, läßt sich vermeiden, wenn es gelingt, den Charakter der Strafe zu wahren, ohne den Verurteilten hinter Schloß und Riegel zu bringen. Halten wir daran fest, daß das, was der Freiheitsstrafe bessernde wie züchtigende Wirkung verleiht, der Arbeitszwang ist, so entsteht das Problem, ob es nicht möglich sei, den Arbeitszwang festzuhalten, aber auf die Einsperrung zu verzichten, den Kern zu behalten und die Schale wegzumerfen.

Die Zwangsarbeit ohne Einsperrung ist der Gesetzgebung nicht fremd. Es ist keine Neuerung, die in Vorschlag gebracht wird. Fast in allen Ländern ließe sich an bestehende Einrichtungen anknüpfen.

An erster Stelle ist hier an die Handarbeitsstrafe in dem Gebiete des sächsisch-thüringischen Rechts zu erinnern, welche alle Wandlungen der Strafgesetzgebung von 1698 bis zum Jahre 1870 siegreich überdauert hat (Wächter, Sächsisch-Thüring. Strafrecht 219). Es genügt hier, den Art. 23 des St.G.B.'s vom 1. Oktober 1868 anzuführen. Derselbe lautet:

„Auf Handarbeitsstrafe ist niemals das Erkenntnis zu richten. Es kann jedoch bei Gefängnisstrafen, welche im Gerichtsgefängnisse vollstreckt werden, solchen Personen, die ihrem Glücke nach Handarbeit verrichten, der Richter, welche die Strafe zu vollstrecken hat, diese Strafe, insoweit hierzu Gelegenheit vorhanden ist, durch Handarbeit verbüßen lassen.

Jedoch soll in jedem einzelnen Falle die Strafarbeit sich nicht über die Dauer von vier Wochen erstrecken, und

bei höher ansteigenden Strafen der übrige Teil der Strafzeit durch Gefängnis verbüßt werden.

Die Handarbeit wird an jedem Tage in der Dauer der ortsüblichen Tagelohnarbeit geleistet, dabei jedoch die Woche zu sechs Arbeitstagen gerechnet.

Personen, welche ihren Unterhalt mit Handarbeit erwerben, kann der Richter nach seinem Ermessen eine Unterbrechung der Strafarbeit gestatten, doch sind dieselben in jeder Woche mindestens zur Verbüßung von drei Straftagen anzuhalten.“

Die Handarbeitsstrafe erscheint demnach, wie Wächter richtig betont, als ein „Surrogat der Gefängnisstrafe“. Daß sie sich bewährt hat, bezeugt Schwarze im Archiv des Kriminalrechts 1853 S. 273. „Insbesondere gilt dies,“ so fährt er fort, „bei den Forstfrevlern in den Walddistrikten, wo die Gefängnisstrafen oft geradezu unvollstreckbar und für die Frevler selbst nachteilig sein würden. Auch fragt sich wohl, ob nicht bei Personen, die ihr Brot durch Handarbeit verdienen, eine noch größere Ausdehnung dieses Strafmittels angemessen wäre, zumal wenn man gebührende Rücksicht darauf nehmen wollte, dem Schuldigen von Zeit zu Zeit einige Tage Unterbrechung zur Versorgung seiner Angehörigen, die außerdem leicht der Gemeinde zur Last fallen, zu gestatten.“

Auch eine Reihe anderer deutschen Staaten (z. B. Baden, Preußen) hatten Strafarbeit ohne Freiheitsentziehung, insbesondere bei Forstübertretungen, in den Kreis ihrer Strafmittel aufgenommen. Nach § 7 des preussischen Gesetzes vom 11. April 1854 konnten ganz allgemein polizeiliche Gefängnisstrafen gegen Gefangene, welche sich auf ihre Kosten zu verpflegen außer stande waren, auch in der Weise vollstreckt werden, daß diese Gefangenen während der für die Gefängnisstrafe bestimmten Zeitdauer, ohne in eine Gefangenanstalt eingeschlossen zu sein, zu Arbeiten, welche ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessen waren, angehalten wurden.

Das Reichsstrafgesetzbuch hat diese Bestimmung nicht aufgenommen, sie mithin für die von der Reichsgesetzgebung geregelten Delikte ausgeschlossen.

Dagegen wurde auf Wunsch mehrerer thüringischer Regierungen in den § 6 des Einführungsgesetzes zum R.St.G.B. ein Zusatz aufgenommen. § 6 bestimmt:



„Rom 1. Januar 1871 ab darf nur auf die im St.G.B. für das Deutsche Reich enthaltenen Strafarten erkannt werden.

Wenn in Landesgesetzen anstatt der Gefängnis- oder Geldstrafe Forst- oder Gemeindearbeit angedroht oder nachgelassen ist, so behält es hier bei sein Bewenden.“

Die Fassung dieser Bestimmung ist eine wenig glückliche. Zunächst scheint der Wortlaut sich nur auf die bereits bestehenden, nicht auf die künftig zu erlassenden Landesgesetze zu beziehen. Doch haben Wissenschaft und Gesetzgebung sich, wie ich glaube, aus guten Gründen über dieses Bedenken hinweggesetzt. Auch das preussische Forstdiebstahlsgezet vom 15. April 1878, welches an Stelle des ältern Gesetzes vom 2. Juni 1852 getreten ist, hat die Forst- und Gemeindearbeit beibehalten.

Dagegen halte ich es nicht für möglich, über ein andres Bedenken hinwegzukommen. § 6 Abs. 2 spricht nur von Gefängnis- und Geldstrafe. Die Forst- und Gemeindearbeit darf demnach nicht an Stelle der Haft treten. Daß für diese Beschränkung keinerlei Zweckmäßigkeitsgründe sprechen, bedarf keines Nachweises. Aber gänzlich willkürlich wäre es, das Wort „Gefängnis“ hier im nicht technischen Sinne, als gleichbedeutend etwa mit „Freiheitsstrafe“ überhaupt zu nehmen, wie Binding (Handb. I 304 Note 24) und Olshausen (Note 7 zu § 6) dies wollen. Abgesehen von allen andern Bedenken (soll „Gefängnis“ hier etwa auch Zuchthaus und Festungshaft bedeuten?) ist insbesondere die Thatfache ausschlaggebend, daß die Haftstrafe unsres R.St.G.B. den Arbeitszwang nur in genau bestimmten Ausnahmefällen in sich schließt, daher grundsätzlich nicht durch Zwangsarbeit ersetzt werden kann. Die Richtigkeit dieser Ansicht wurde bei der Beratung des preussischen Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 allseitig anerkannt. Der Antrag, an Stelle der Haft Forst- oder Gemeindearbeit treten zu lassen, wurde mit lebhaftem Bedauern von dem Ausschusse des Abgeordnetenhauses abgelehnt, nachdem der Regierungsvertreter darauf hingewiesen hatte, daß eine derartige Bestimmung mit § 6 Abs. 2 des Einf.-Gesetzes zum R.St.G.B. unvereinbar sei.

Aus dieser unglücklichen Fassung des angeführten § 6, dessen Fehler auf dem Wege der Auslegung nur teilweise zu beseitigen sind, mag es sich auch erklären, daß die deutsche Landesgesetzgebung seit 1870 den ihr gemachten Vorbehalt nur wenig ausgenützt hat.

Am interessantesten ist für unsre Zwecke das preussische Forst- diebstahlsgegesetz vom 15. April 1878. Dieses verfügt in § 14:

„Statt der in dem § 13 vorgesehenen“ (an Stelle der uneinbringlichen Geldstrafe tretenden) „Gefängnisstrafe kann während der für dieselbe bestimmten Dauer der Verurteilte, auch ohne in einer Gefangenanstalt eingeschlossen zu werden, zu Forst- oder Gemeindefarbeiten, welche seinen Fähigkeiten und Verhältnissen angemessen sind, angehalten werden.“

Die nähern Bestimmungen wegen der zu leistenden Arbeiten werden mit Rücksicht auf die vormaltenden Lohn- und örtlichen Verhältnisse von dem Regierungspräsidenten (Landdrosten) in Gemeinschaft mit dem Ersten Staatsanwalt beim Oberlandesgerichte erlassen. Dieselben sind ermächtigt, gewisse Tagewerke dergestalt zu bestimmen, daß die Verurteilten, wenn sie durch angestrenzte Thätigkeit mit der ihnen zugewiesenen Arbeit früher zu stande kommen, auch früher entlassen werden.“

Die Schlußbestimmung dieses Paragraphen gibt zu mancherlei Bedenken Anlaß. Wie Ziegner-Gnühl Z VIII 258 hervorhebt, äußert die Einteilung in Tagewerke eine Wirkung nur zu Gunsten des Sträflings, der, wenn er im Rückstande ist, doch nach Ablauf der Strafzeit entlassen werden muß.<sup>11)</sup>

Unter dem Namen der *prestations en nature* ist die Zwangsarbeit ohne Einsperrung auch dem französischen Recht bekannt.

Der Code forestier vom 18. Juni 1859 bestimmt in Art. 210 Absatz 2 ff.:

„L'administration forestière pourra admettre les délinquants à se libérer des amendes, restitutions, réparations civiles et frais, au moyen de prestation en nature consistante en travaux d'entretien et d'amélioration dans les forêts ou sur les chemins vicinaux.“

Le Conseil général fixe par commune, la valeur de la journée de prestation.“ (Vgl. Rolland de Villargues Les Codes criminels II p. 208 der 5. Aufl.)

<sup>11)</sup> Bedenken gegen die Forst- und Gemeindefarbeit überhaupt bei Borggreve, Forstliche Blätter XV 15, Borchardt, Der Holzdiebstahl ufm., 1842, S. 66, Ziegner-Gnühl Z VIII 258.

Mehrfache Verwendung finden die „Leistungen in Natur“ auch in der Gesetzgebung der Schweiz. Ich muß mich hier damit begnügen, einige mir zufällig bekannt gewordenen Bestimmungen zusammenzustellen. Eine vollständige Durchforschung des schweizerischen Rechts hätte außer allem Verhältnisse zu der nächsten Aufgabe dieser Zeilen gestanden.

Nach dem schweizerischen Bundesgesetz vom 30. Juni 1849, Art. 28, können Geldstrafen, welche wegen Übertretung von Zoll- und Steuergesetzen oder Polizeiverordnungen des Bundes erkannt worden sind, in Kerker oder in öffentliche Arbeiten ohne Einsperrung umgewandelt werden.

Die Strafprozeßordnung von Bern von 1854, Art. 523, dehnt diese Bestimmung auf alle Arten von Geldstrafen aus.

Der Canton du Vaud bestimmt in Art. 7 des Gesetzes vom 17. März 1875 sur les établissements de détention:

„Si l'amende est indépendante de toute autre peine, le condamné qui ne peut ou ne veut la payer en argent, peut se faire inscrire chez le receveur de l'Etat pour être employé à des travaux publics. Avis en est donné au voyer du district et à l'inspecteur forestier de l'arrondissement, qui peuvent requérer le condamné pour des ouvrages d'entretien et de construction de route, d'endiguement ou de sylviculture et l'admettre à acquitter son amende sous leur surveillance et leur contrôle, à raison de trois à six francs par journée, suivant la valeur de son travail. A ce défaut, ou si le condamné n'exécute pas le travail qui lui est assigné, l'amende sur la déclaration de non-paiement délivrée par le receveur et en vertu d'ordonnance du travail du district, est transformée en emprisonnement, à raison d'une journée de détention pour trois francs d'amende.“

Die Anwendung dieser Bestimmung hat, wie Correvon auf dem Römer Kongresse (Comptes rendus I 192) erwähnte, Schwierigkeiten ergeben. Doch hält der Redner dieselben nicht für unüberwindlich.

Das russische Friedensrichtergesetz von 1864 ließ öffentliche Arbeit an Stelle der einfachen Haft zu. Die Bestimmung fand aber keine praktische Anwendung und wurde deshalb, wie Foinitzky

dem Kongreß zu Rom mitteilte (*Comptes rendus* I 188) in den Entwurf des St.G.B. nicht aufgenommen.

Das italienische St.G.B. von 1889 kennt dieses *surrogato penale* in einer doppelten Gestalt. Zunächst kann nach Art. 22 Abs. 5 an der Stelle der uneinbringlichen Geldstrafe statt der Einschließung auf Begehren des Verurteilten die Leistung einer Arbeit (*la prestazione di un' opera*) für den Staat, die Provinz, die Gemeinde treten, wobei zwei Arbeitstage gleich einem Tag Einschließung gerechnet werden. Sodann aber bestimmt Art. 24, daß in den durch das Gesetz vorgesehenen Fällen die Strafe der Haft in einem Arbeitshaufe (*casa di lavoro*) oder auch durch Ausführung von gemeinnützigen Arbeiten (*mediante la esecuzione di opere di pubblica utilità*) vollstreckt werden kann. Im Weigerungsfalle tritt die regelmäßige Art der Strafverbüßung ein.

Der Bericht des Ministers Zanardelli verweist zur Rechtfertigung der ersten dieser beiden Bestimmungen auf die Thatfache, daß sie in allen Entwürfen seit 1874 beibehalten worden sei (eingehendere Begründung in dem Berichte von Mancini). Er hofft, daß durch die Ausführungsverordnungen die unzweifelhaft vorhandenen praktischen Schwierigkeiten beseitigt werden können (*relazione* I 116). Bei der zweiten der beiden Bestimmungen hatte der Minister (*relazione* I 115) in Übereinstimmung mit dem italienischen Juristentag, welcher zu Turin 1880 abgehalten wurde (Berichterstatter Lucchini) besonders eine wirksamere Bestrafung von Bettel, Landstreicherei und ähnlichen strafbaren Handlungen im Auge.

Auch der von B. Geß ausgearbeitete norwegische Entwurf von 1888 bestimmt in § 32 letzter Absatz, daß die an Stelle der uneinbringlichen Geldstrafe tretende Gefängnisstrafe auf Begehren des Verurteilten ersetzt werden kann durch Arbeit im Dienste des Staates oder der Gemeinde. Leider spricht sich die Begründung des Entwurfs nicht näher darüber aus, in welcher Weise die Durchführung dieser Bestimmung gedacht ist.

Und nun noch einige Litteraturangaben. Arbeit ohne Einsperrung wurde empfohlen von

Bonneville de Marsangy II 293 (1864), *Bulletin de la soc. gén. des prisons* XI 313 (1887), Ribot (oben S. 750);

v. Holzendorff, *Allg. deutsche Strafrechtszeitung* IV 654 (1864);

Schmölder a. D. 48 (1885), Preuß. Jahrb. LXII 142;  
 Mchrott Z IX 46, Lammach Z IX 449;  
 Michaux, Bulletin X 259 (1885), Labroquère, Bulletin XII 62 (1888); ferner von der rheinisch-westfälischen  
 Gefängnisgesellschaft in der Versammlung von 1882.

Die Verhandlungen des internationalen Gefängnistongresses zu London 1872 habe ich bereits oben S. 753 erwähnt. Auf dem Kongresse zu Rom 1885 sprachen sich für die Handarbeitsstrafe aus Reichmann, de Nocito (bei Uneinbringlichkeit der Geldstrafe), de Foresta, Correyon, v. Holzendorff. Als Gegner traten Garofalo, Drenfus, Joiniski auf.

Neuerdings (Blätter für Gefängnisstudie XXIV 17) empfiehlt v. Jagemann „öffentliche Arbeit, sei es mit Internierung zur Tageszeit im Gefängnis, sei es ohne solche, zu Gunsten von Staat oder Gemeinden unter besondern Arbeitsaufsichtern, so daß der Verstrafte nach der Arbeitszeit heimkehrt.“

III. Der Verweis (Verwarnung, avertissement, réprimande, admonition répressive, ammonizione, ripressione giudiziale) ist von der Gesetzgebung verschiedener Zeiten und Länder verwertet worden. Von den bekannten Bestimmungen des römischen Rechts (3 D I 15 de offic. praes. vig.; 19 C. II 12 ex quibus caus. inf. irrog.) sowie von der Verwendung des Verweises im kanonischen Recht kann hier süglich abgesehen werden. Ebenso von der Geschichte des Verweises in der ältern französischen und italienischen Gesetzgebung. Über das geltende Recht der verschiedenen Länder hat B. Alimena in der Rivista penale XXVI 557 eine interessante vergleichende Abhandlung veröffentlicht, auf welche ich hiermit bezüglich der Einzelheiten Bezug nehme. Alimena unterscheidet in zutreffender Weise zwei Gruppen von Gesetzgebungen. Die erste Gruppe, welche er als die des deutschen Rechts bezeichnet, kennt den Verweis nur bei gewissen strafbaren Handlungen jugendlicher Übelthäter (R.St.G.B. § 37). In diese Gruppe gehört auch das St.G.B. des Kanton Appenzell a. Rh. vom 28. April 1878 § 37. Ihr schließt sich auch der von Alimena nicht erwähnte russische Entwurf an. Und dasselbe gilt von dem norwegischen Entwurf von 1888.

Die zweite Gruppe verwendet den Verweis, in bald mehr, bald weniger ausgedehntem Umfange, auch gegen Erwachsene. Hierher gehörten eine Anzahl deutscher Einzelstaaten, so Oldenburg

St.G.B. von 1814 Art. 25, die Länder des sächsisch-thüringischen Rechts, Braunschweig St.G.B. von 1840 § 19, Hannover St.G.B. von 1840 Art. 18, Hessen St.G.B. von 1841 Art. 7 Ziff. 13 Baden St.G.B. von 1845 § 49.

In besonders weitem Umfang (in nahezu 100 Fällen) macht das geltende russische Recht von dem Verweise Gebrauch. Nur ausnahmsweise verwendet ihn das österreichische St.G.B. von 1852 (bei Mißhandlungen im Schoße der Familie). Auch die Strafgesetzbücher von Spanien und Portugal, des Kantons Waadland und der Insel Malta kennen den gerichtlichen Verweis.

Dagegen ist er den Strafgesetzen von Belgien, Holland, Ungarn und andern Ländern, sowie unter andern den österreichischen Entwürfen von 1874 bis 1889 sowie dem spanischen Entwurf von 1885 fremd geblieben, auch wo es sich um leichtere Vergehen oder Übertretungen jugendlicher Personen handelt.

Auf die neueste italienische Gesetzgebung, welche den Verweis, die *riprovazione giudiziale*, mit der Friedensbürgschaft in Verbindung gebracht hat, komme ich unten zu sprechen.

Eine ausgedehntere Anwendung des Verweises ist vielfach vorgeschlagen worden. Insbesondere von Bonnevillle de Marjany 1864 in seinem mehrerwähnten Werke und vor kurzem (1887) im Schoße der Société générale des prisons (Bulletin XI 314). Doch hat sich nach eingehenden Beratungen die erste Abteilung der Gesellschaft gegen den Vorschlag ausgesprochen (Bulletin XII 150) und, wie bereits oben erwähnt, an Stelle des Verweises die Aussetzung der Strafvollstreckung empfohlen (oben S. 757).

Auf dem Kongreß zu Rom fand die erweiterte Anwendung Fürsprecher in Reichmann und Nocito. Dagegen wurde sie von Garofalo, Dreyfus, Foiniski, Jacquin lebhaft bekämpft. Auf Ribots Äußerung habe ich schon oben S. 749 hingewiesen.

Auch v. Holzkendorff hat wiederholt, zuletzt wohl Gerichtsjaal XXXIX 34, den Verweis als Ersatzmittel für die kurzzeitige Freiheitsstrafe empfohlen. Ihm schließen sich Schmölber (1885) S. 40 sowie v. Jagemann (Blätter für Gefängnisstudie XXIV 17) vollinhaltlich an. Krohne (Lehrbuch der Gefängnisstudie 233) wünscht weitere Ausdehnung des Verweises bei Personen, welche das eritemal vor den Strafrichter kommen. Auch Garraud, Traité I 604 und Alimena haben sich im gleichen Sinne geäußert.

Der letztere wünscht den Verweis nochweise neben der Aussetzung der Strafvollstreckung.

Dagegen hält Sontag Z II 499 den Verweis selbst in dem geringen Umfange, in welchem ihn § 57 R.St.G.B. zuläßt, als Kriminalstrafe nicht für empfehlenswert. Wie man sieht, gehen die Ansichten in Gesetzgebung und Wissenschaft noch weit genug auseinander.

IV. Der Hausarrest ist bekanntlich dem römischen Recht nicht fremd gewesen. Die Stelle in l. 9. XLVIII 22 D. de interd. et rel: Potest praeses quemdam damnare, ne domo sua procedat ist vielfach angeführt und verwertet worden. Er findet sich aber auch vereinzelt in diesem und jenem Gesetzbuch des 19. Jahrhunderts. So in dem der beiden Sizilien von 1819 als *mandato in casa*.

Das österreichische St.G.B. von 1852 bestimmt in § 246 (vgl. auch § 262): „Außer diesen beiden Graden des Arrestes kann auch auf Hausarrest, entweder gegen bloße Angelobung, sich nicht zu entfernen, oder mit Aufstellung einer Wache erkannt werden. Der Hausarrest verpflichtet den Verurteilten, sich unter keinem Vorwande vom Hause zu entfernen, bei Strafe, die noch übrige Arrestzeit in dem öffentlichen Verhaftorte zu vollstrecken.“ Praktische Bedeutung hat, soviel ich weiß, diese Bestimmung niemals gehabt.

Das St.G.B. von Zürich, das vielfach neben dem österreichischen Gesetzbuch genannt wird, kennt dagegen den Hausarrest nicht.

Wohl aber hat das italienische St.G.B. von 1889 den Hausarrest aufgenommen. Nach Art. 23 kann der Richter, wenn die Strafe der Haft (*arresto*) einen Monat nicht übersteigt, unter Berücksichtigung aller Umstände anordnen, daß der nicht rückfällige Verurteilte die Strafe in seiner Wohnung verbüße. Bei Arrestbruch ist die ganze Strafe in den gewöhnlichen Haftlokalen zu verbüßen.

Die Begründung des Gesetzes hebt hervor (*relazione* I 105), der Zweck der Bestimmung bestehe darin, soviel als möglich, ohne den Charakter der Strafe zu verwischen, Nachteil und Schande der Einsperrung dem Bürger zu ersparen, welcher geringfügige Gesetzesübertretungen begangen hat, und es zu vermeiden, daß dieser an das Leben und die traurige Gesellschaft der Gefängnisse sich gewöhne und so jene Scheu und Scham verliere, welche den Gang zum Verbrechen kräftig zu zügeln vermögen.



Auf dem Kongresse zu Rom 1885 wurde der Hausarrest empfohlen von Nocito, bekämpft von Garafalo, Dreifus, Jacquin.

Für denselben sind neuerdings Jagemann in den Blättern für Gefängniskunde a. D. und Krohne, Lehrbuch 233, eingetreten.

V. Die Friedensbürgschaft ist in zwei durchaus verschiedenen Formen denkbar.

Die erste dieser Formen tritt uns am anschaulichsten entgegen im englischen Recht. Man vergleiche darüber die zuletzt von Ashcroft Strafen-system usw. in England S. 98 gegebene Darstellung. In dieser Gestalt bezweckt die Friedensbürgschaft die Sicherung des Friedens der Gesamtheit oder eines Einzelnen gegen Störung durch Begehung rechtswidriger Handlungen. Sie wird daher, grundsätzlich wenigstens, neben der zuerkannten Geld- oder Freiheitsstrafe auferlegt. Dies ist auch noch die Auffassung der englischen Konsolidationsgesetzgebung von 1861, welche den Richter ermächtigt, bei misdemeanours neben oder statt der Freiheitsstrafe auf Geldstrafe und Stellung einer Friedensbürgschaft zu erkennen (24 und 25 Vict. c. 96 bis 100).

So war die Friedensbürgschaft auch im wesentlichen aufgefaßt in dem Entwurf einer Novelle zum R.St.G.B., welcher im Jahre 1875 an den deutschen Bundesrat gelangte. Nach § 39a der Vorlage wurde dem Richter die Ermächtigung erteilt, neben einer Freiheits- oder Geldstrafe in den durch das Gesetz vorgeschriebenen Fällen auf die Leistung einer Friedensbürgschaft im Betrage von 30 bis zu 3000 M. und für die Zeitdauer von einem Monat bis zu einem Jahre zu erkennen. Die im Gesetze vorgesehenen Fälle betrafen: Bedrohung und Landzwang, Herausforderung zum Zweikampf, Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt und zu strafbaren Handlungen; ferner Körperverletzung, Sachbeschädigung, gewisse Gefährdungen des öffentlichen Friedens (St.G.B. §§ 130 und 130a); endlich Versuch einer strafbaren Handlung, unternommene Verleitung und Anerbietung zur Begehung einer solchen.<sup>12)</sup>

In dieser Gestalt weist uns die Friedensbürgschaft zurück auf die peinliche Gerichtsordnung Karls V.; in dieser Gestalt hat sie sich in den deutschen Landesrechten teilweise bis in die neueste Zeit

<sup>12)</sup> Über das Nähere vergl. Schierlinger, Friedensbürgschaft, 1877.

hinein erhalten; in dieser Gestalt ist sie auch der außerdeutschen Gesetzgebung unsres Jahrhunderts nicht fremd geblieben.<sup>13)</sup>

Meiner Meinung nach kann es auch gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Friedensbürgschaft in dieser Gestalt eine äußerst empfehlenswerte Maßregel ist und größere Beachtung von seiten der Wissenschaft verdient, als ihr bisher zu teil geworden. Wenn sie, insbesondere von deutschen Schriftstellern, wegen der „Vermengung polizeilicher und rechtlicher Gesichtspunkte“ bekämpft worden ist, so dürfte dieser Vorwurf dem Ansehen der ihn erhebenden Schriftsteller gefährlicher sein, als der von ihnen bekämpften Einrichtung.<sup>14)</sup>

Aber an dieser Stelle interessiert mich die Friedensbürgschaft in dieser ihrer ersten Gestalt nicht. Hier möchte ich vielmehr darauf hinweisen, daß sie geeignet ist, an die Stelle der kurzzeitigen Freiheitsstrafe zu treten, oder genauer gesprochen, andern Ersatzmitteln der kurzzeitigen Freiheitsstrafe den nötigen Nachdruck zu verleihen.

In der Literatur hat, soviel ich sehen kann, besonders Aschrott diese zweite und, wie ich glaube, weitaus wichtigere Aufgabe der Friedensbürgschaft betont.<sup>15)</sup> Ihm schließt sich Lammajsch Z IX 448 an.

Es ist indessen darauf hinzuweisen, daß schon der englische Strafgesetzentwurf von 1878 in Section 13 den Richter ermächtigte, in allen Fällen, mag das Delikt mit Strafnuchtschaft oder mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bedroht sein, neben oder statt dieser Strafen den Verurteilten zur Leistung einer Friedensbürgschaft in einem vom Gerichte zu bestimmenden Betrage anzuhalten. Diese Bestimmung geht mithin über die oben erwähnte Vorschrift der Konsolidationsgesetze weit hinaus; sie ist jedoch nicht geltendes Recht geworden und der Verfasser des Entwurfs, James Fitzjames Stephen, scheint ihr keine besondere Bedeutung beigelegt zu haben.<sup>16)</sup>

<sup>13)</sup> Man vergl. die Gesetzgebungen von Baden, Frankreich, Dänemark, Spanien. Genauerer Eingehen auf dieselben liegt nicht in meiner Absicht.

<sup>14)</sup> Für die Friedensbürgschaft haben sich ausgesprochen: Bonneville de Marjany a. O. (1864), dem sich v. Holzendorff schon 1864 angeschlossen hat; Prins, Criminalité 107, 109; Aschrott Z IX 6, 46; Lammajsch Z IX 448, Krohne Lehrbuch 234. Gegen sie erklärte sich in den letzten Jahren insbesondere v. Buri Z IV 171 aus dem oben angedeuteten Grunde.

<sup>15)</sup> Strafenystem und Gefängnisweisen in England, S. 101 und Z IX 46.

<sup>16)</sup> Vgl. Lammajsch, Allg. österr. Gerichtszeitung 1879, Nr. 7, Note 9.

Die Friedensbürgschaft kann sowohl mit der Aussetzung der Strafvollstreckung als auch mit dem richterlichen Verweis verbunden werden. Die letztgenannte Verbindung finden wir in dem italienischen St.G.B. von 1889.

Die Art. 27 und 28 des italienischen St.G.B. kommen hier in Betracht.

Danach kann an Stelle der Einschließung und des Arrestes (*detenzione und arresto*), wenn beide Strafen die Dauer eines Monats nicht übersteigen, an Stelle ferner der Verstrickung (*confino*) und der örtlichen Verbannung (*esilio locale*) von nicht über drei Monaten, an Stelle endlich der dreihundert Lire nicht übersteigenden Geldstrafe, wenn der Verurteilte in den letzten fünf Jahren nicht bestraft worden ist, der richterliche Verweis (*riprovazione giudiziale*) treten. Zugleich hat sich der Verurteilte allein oder mit einem oder mehreren Bürgen zur Zahlung einer bestimmten Geldsumme für den Fall zu verpflichten (*malleveria*), daß er innerhalb eines bestimmten Zeitraumes neuerdings eine strafbare Handlung begehen sollte.

Der Bericht des Ministers (*relazione I 119*) rechtfertigt in eingehender, geschichtlicher, rechtsvergleichender und kriminalpolitischer Begründung die Aufnahme dieser Bestimmung, für welche insbesondere Luchini wiederholt und mit größter Entschiedenheit eingetreten ist.

## Fortsetzung. 2. Kritik und Vorschläge.

Ich gehe von dem Gedanken aus, daß der Wegfall der kurzzeitigen Freiheitsstrafe, d. h. der Einsperrung bis zu sechs Wochen wünschenswert und möglich ist. Das würde bedeuten: 1. den gänzlichen Wegfall der Haftstrafe; 2. die Erhöhung des Mindestmaßes der Gefängnisstrafe auf sechs Wochen. Die Frage der Festungshaft kann hier noch unerörtert bleiben.

Daß der Wegfall der kurzzeitigen Freiheitsstrafe wünschenswert sei, wird wohl nach den oben mitgeteilten Äußerungen zuständiger Sachmänner nicht ernstlich bestritten werden können. Eine Strafart, welche nicht bessert, welche, will man nicht zum Stock, zu Hungerkost, zu nutzloser quälender Strafarbeit greifen, auch nicht abschreckt, welche der Unschädlichmachung zu dienen ihrem Wesen nach ungeeignet ist; eine Strafart, welche nichts nützt, wohl aber viel schadet

und überdies kostspielig in jeder Beziehung ist: eine solche Strafart hat keine Daseinsberechtigung<sup>17)</sup>.

Über das Mindestmaß der künftigen Freiheitsstrafe mag man verschiedener Ansicht sein. Für meine Person wäre ich sehr gern geneigt, noch höher zu greifen. Aber es handelt sich darum, Vorschläge zu machen, welche einigermaßen Aussicht auf Billigung in weitem Kreise haben. Das Mindestmaß von sechs Wochen empfiehlt sich schon dadurch, daß es dem bisherigen Höchstmaße der Haftstrafe entspricht, den Wegfall dieser Strafart ermöglichen und damit das System der Freiheitsstrafen wesentlich vereinfachen würde. Wie einschneidend aber eine Erhöhung des Mindestmaßes der Gefängnisstrafe auf sechs Wochen zur Entlastung der kleinen Gerichtsgefängnisse beitragen würde, lehrt ein Blick auf die oben S. 739 mitgeteilte Übersicht. Die Lösung der Gefängnisfrage, heute noch wegen der Baukosten in weitester Ferne gerückt, erscheint in dem Augenblicke als durchführbar, in welchem die kurzzeitige Freiheitsstrafe fällt.

Aber auch, wenn man die gänzliche Beseitigung der Einsperrung bis zu sechs Wochen nicht für notwendig erachten sollte, wird die möglichste Einschränkung derselben verlangt werden müssen. Auch für diesen Fall können demnach die folgenden Ausführungen auf Beachtung Anspruch machen.

In welcher Weise ist der Ersatz der kurzzeitigen Freiheitsstrafe möglich? was kann und soll an ihre Stelle treten?

Das Material zur Beantwortung dieser Frage habe ich in dem vorigen Abschnitte zu sammeln gesucht. Hier handelt es sich um die kritische Sichtung und Prüfung des Stoffes.

Dabei kann die Prügelstrafe aus dem Spiele bleiben. Soweit sie jugendlichen Verbrechern gegenüber empfohlen worden ist, komme ich auf sie in einem andern Zusammenhange zurück. Als Disziplinarstrafe gegen erwachsene Unverbesserliche hat die Prügelstrafe mit der Erörterung der gegenwärtigen Frage nichts zu thun. Und ganz abgesehen von alledem scheint es mir in jeder Beziehung überflüssig und unzweckmäßig, in diesem Augenblicke, in welchem es

<sup>17)</sup> Ich kann mich demnach auch nicht für die geschärfte und zugleich verkürzte Haft erwärmen, wie sie, in Anlehnung an den mittleren und strengen Arrest des Reichs-Mil.-Str.G.B. auch für das Deutsche Reich mehrfach, z. B. von Medem, Z VII 158, vorgeschlagen worden ist.

sich um die Gewinnung der ersten Grundlage für kriminalpolitische Reformbestrebungen handelt, durch die Hereinziehung dieser die Gemüter erregenden Streitfrage die Aussicht auf allseitige Verständigung zu trüben.

Auch will ich hier nicht weiter darauf eingehen, daß durch eine Umgestaltung der Geldstrafe und ihrer Eintreibung eine wesentlich erweiterte Anwendung derselben und damit eine bedeutsame Einschränkung des Gebietes der kurzzeitigen Freiheitsstrafe ermöglicht werden würde.

Aber ein andres muß und will ich betonen. Es handelt sich nicht um eine Milderung unsres Strafsystems. Der gegenwärtige Augenblick wäre herzlich schlecht gewählt dazu. Die beklagenswerte Milde unsrer Strafgesetzgebung wird nur durch die noch beklagenswertere Milde unsrer Strafgerichte übertroffen. Wir wollen die kurzzeitige Freiheitsstrafe nicht beseitigen, weil sie zu hart, sondern weil sie nutzlos und schädlich ist.

Es handelt sich ferner auch nicht um eine Erweiterung des richterlichen Ermessens. Die Strafrahmen unsrer Gesetzbücher sind wahrlich mehr als weit genug, und die „richterliche Strafzumessung“ ist die erste große Grundzüge des herrschenden Systems.

Von diesem Gesichtspunkte aus muß ich mich mit aller Entschiedenheit gegen die erweiterte Anwendung des einfachen richterlichen Verweises, also des Verweises ohne Auflegung einer Friedensbürgschaft erklären. Für diejenigen, deren Ehrgefühl stumpf geworden oder niemals rege gewesen ist, ist der Verweis des Richters eine Komödie ohne jede ernste Bedeutung; für den Ehrliebenden ist er eine tiefe Verletzung, eine schwere Kränkung. Für beide bleibt das „Schuldig im Namen des Gesetzes“, die „Verurteilung von Rechts wegen“ an eindringlicher Wirkung nicht hinter dem Verweise zurück. Wird die Würde der Rechtssprechung von dem Richter gewahrt, wie sich's gebührt, so verfehlt sie ihren Eindruck niemals auf den, welcher das erstemal vor den Schranken des Gerichtes erscheint. Jener unnahbare Ernst des Urteilspruches wird geschwächt, die Unpersönlichkeit der Gerechtigkeit, die über den menschlichen Leidenschaften in unbewegter Ruhe thront, wird herabgezogen, wenn der Richter, wie der Vater zu seinem ungezogenen Jungen, verweisend und verwarnend zu dem Verurteilten spricht, zu ihm herabsteigt, um ihn verständlich und handgreiflich zu machen,

was als dunkle Ahnung tiefer von ihm empfunden wird: daß er die Rechtsordnung gebrochen hat und ohnmächtig nunmehr in der Gewalt der Rechtsordnung sich befindet.

Dieselben Bedenken sprechen, wie ich glaube, auch gegen den, nach italienischem Vorbilde, mit der Friedensbürgschaft verbundenen Verweis. Es tritt die Erwägung hinzu, daß die Möglichkeit, eine solche Bürgschaft zu leisten, gerade bei denjenigen Personen entfällt, auf welche der Verweis des Richters den geringsten Eindruck macht und daß der ehrliebende und besitzende Bürger demnach doppelt so schwer getroffen wird, wie der abgehärtete Habenicht. Der Verweis erscheint daher, soweit es sich um Erwachsene handelt, in jeder seiner beiden Gestalten, als ungeeignet, die kurzzeitige Freiheitsstrafe zu ersetzen. An diesem Ergebnisse wird nichts geändert, wenn man auch in einzelnen Ausnahmefällen den Verweis wahlweise neben Freiheitsstrafe von kurzer Dauer androhen wollte. Die Aufgabe, die wir uns gestellt, heißt durchgreifende Lösung. Mit halben Maßregeln ist niemandem gedient.

Noch größere Bedenken sprechen gegen die Verwendung des Hausarrestes. Auch er entspricht nicht dem unerläßlichen Ernste der Rechtsordnung, auch er ist ungeeignet, der Zunahme der Notheitsverbrechen zu steuern. Auch der Hausarrest wirkt in durchaus ungleicher Schwere auf die verschiedenen Klassen der Verurteilten; schwer trifft er alle, welche ihren Lebensunterhalt außer der eignen Wohnung zu suchen verpflichtet sind; leicht erträgt ihn, wer im Zimmer arbeitet oder in seinem Laden die Kunden bedient; unanwendbar ist er gegenüber dem Gesinde, das darauf angewiesen ist, die Befehle der Herrschaft auszuführen.

Dazu kommen die zahllosen Schwierigkeiten der Ausführung. Wie soll in großen Städten die Beachtung des auferlegten Hausarrestes überwacht werden? Will man etwa jedem Verurteilten einen Schutzmann an die Seite stellen? Die Kosten der Strafrechtspflege würden sich auf diese Art kaum vermindern. Unjern Strafgefangenen gönnen wir den täglichen Genuß der freien Luft; wie soll es mit den Spaziergängen des etwa auf einen Monat in seinem Hause verstrickten Arrestanten gehalten werden?

Auch der Hausarrest kann demnach in ausgedehnterem Umfange nicht zum Ersatz der kurzzeitigen Freiheitsstrafe verwendet werden.

Dasselbe gilt aber auch von den übrigen, öfter vorgeschlagenen, in dem vorhergehenden Abschnitte von mir gar nicht besonders er-

wähnten Beschränkungen der persönlichen Freiheit. von Jagemann a. D. 17 erwähnt die folgenden:

„Wirtshausverbot, Ortsverbot, Eingrenzung (der Konfinierte darf ohne Erlaubnis der Obrigkeit während der Strafdauer den Ort nicht verlassen), Verbot des Waffentragens oder Waffenbesitzes, vielleicht auch Auferlegung der Pflicht zum Nachweis des Aufenthalts.“<sup>18)</sup>

Ich leugne gar nicht, daß ich diesen und ähnlichen Vorschlägen sehr sympathisch gegenüberstehe. Aber ich bestreite, daß sie in ausgedehntem Umfange zur Anwendung kommen können. Wie denkt man sich z. B. die Durchführung des Wirtshausverbotes in Berlin oder München? Wollen wir Stimmung machen für die Beseitigung der kurzzeitigen Freiheitsstrafe, so müssen wir zunächst wenigstens absehen von Vorschlägen, deren Verwirklichung nur unter kleinstädtischen Verhältnissen oder unter Aufgebot einer zahlreichen und gut geschulten Polizeimacht möglich ist.

Ganz anders verhält es sich mit der Strafarbeit ohne Einsperrung. Ich halte es für einen der schwersten Fehler unserer modernen deutschen Gesetzgebung, daß sie dieses Strafmittel verkümmern ließ. Die Einsperrung ist es, welche, wiederholt für kürzere Zeit angewendet, enttötlichend wirkt; die Zwangsarbeit ohne Einsperrung ist von diesem Mangel frei. Der Mann, der Tags über gearbeitet hat, kehrt abends in den Schoß seiner Familie zurück. Daß der Ertrag seiner Leistungen nicht ihm, sondern dem Gemeinwesen heimfällt, bildet den einzigen Unterschied derselben von der freien Arbeit. Dieser Unterschied wird ihn allerdings empfindlich drücken: aber die Strafe soll ja als ein Übel von ihm empjunden werden.

Ich glaube auch nicht, daß die Ausführung auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen würde, wenn ich auch nicht in der Lage bin, über die Ergebnisse der preußischen Forst- und Gemeinbearbeit an dieser Stelle Zuverlässiges zu berichten. Wird die Zwangsarbeit, wie dies aus guten Gründen die sächsisch-thüringische Gesetzgebung gethan hat, beschränkt auf diejenigen Personen, welche durch Handarbeit ihren Unterhalt verdienen, so wird es nicht schwer fallen, geeignete Arbeit zu finden. Auf den Ertrag derselben kann der Staat um so eher zu Gunsten der Gemeinden verzichten, als er nicht

<sup>18)</sup> Vgl. auch Krohne Lehrbuch S. 231 Note 3.



unbeträchtliche Ersparungen in seinen Ausgaben für die Gefängnisse machen wird. Den Gemeinden aber wird es niemals an Arbeit fehlen; im Notfall kann Aufschub der Strafvollstreckung eintreten; die Vermischung mit freien Arbeiten ist durchaus unbedenklich; die Überwachung macht keine Schwierigkeiten, wenn die Arbeit nicht nach der Zeit, sondern nach der Leistung bemessen wird. Alle die Bedenken, welche insbesondere Foinitzky auf dem Römerkongresse geäußert hat, scheinen mir hinfällig, sobald man nicht an die Erbauung besonderer Arbeitsanstalten (*ateliers pénitentiaires*) oder gar an die Errichtung von Arbeiterkolonien denkt.

Trotz alledem halte ich die Strafarbeit nicht für geeignet, an die Stelle der kurzzeitigen Freiheitsstrafe zu treten. Wenigstens unmittelsbar nicht. Sie ist vielmehr nach meiner Meinung das geeignetste Ersatzmittel für die uneinbringliche Geldstrafe, so daß sie die kurzzeitige Freiheitsstrafe nur, soweit diese statt der uneinbringlichen Geldstrafe zur Anwendung gelangt, zu ersetzen berufen wäre.

An und für sich ist die unentgeltliche Arbeitsleistung, sei es an den Staat, sei es an die Gemeinde, der Vermögensstrafe näher verwandt, als der Freiheitsstrafe. Es tritt die weitere Erwägung hinzu, daß die Strafarbeit gegen diejenigen, welche nicht von ihrer Hände Arbeit leben, überhaupt nicht angewendet werden könnte, ohne entweder eine äußerst schwere Verschärfung des geltenden Rechts in sich zu schließen, oder aber die unübersteiglichsten Schwierigkeiten in der praktischen Durchführung hervorzurufen. Die Strafarbeit kann nur als Tagelohnarbeit allgemeinere Anwendung finden. Der Staat kann nicht den Schuster oder Schneider anhalten, ihm Stiefel oder Kleider zu liefern, oder vom kleinen Beamten sich Abschriften machen lassen, ohne daß ihn diese Art des Strafvollzuges mehr kostet als die schönsten Strafanstalten. Aber Steine klopfen, Wege ausbessern, Mauern aufführen, Holz verkleinern lassen — das ist alles möglich ohne verwickelte Buchführung und kostspielige Aufsicht, ohne Vergeudung von Zeit und Kraft durch die Behörden.

In der Beschränkung auf Tagelohnarbeit aber würde die Zwangsarbeit als Ersatzmittel der Freiheitsstrafe eine gänzlich ungerechtfertigte Begünstigung einer einzelnen Bevölkerungsklasse bilden. Der Handwerker müßte ins Gefängnis wandern, der Tagelöhner blieb gerade so frei, wie er es immer ist. Das bedarf keiner weitem Ausführung.

Ganz anders liegt die Sache, wenn wir die Strafarbeit als Ersatzmittel für die uneinbringliche Geldstrafe auffassen. Wer die Geldstrafe bezahlt, hat damit seiner Verpflichtung genügt; wer sie nicht bezahlen kann, der leiste dem Staat seine Arbeit. Wird das: „Nicht-bezahlen-können“ ernst genommen, so dürfte der Fall wohl ausgeschlossen sein, daß bei andern Personen als bei Handarbeitern die Geldstrafe als uneinbringlich erscheint.

Nur eine Frage bedarf noch einer kurzen Erwägung. Wie dann, wenn der zur Strafarbeit Verpflichtete sich durch Flucht oder Weigerung der Leistung seiner Verpflichtung entzieht? Für diesen Fall bleibe man bei dem bisherigen Grundsatz und lasse die Freiheitsstrafe, d. h. die Einsperrung an die Stelle der uneinbringlichen Geldstrafe treten. Aber wohlgemerkt: Freiheitsstrafe nicht unter sechs Wochen. Denn eine andre Freiheitsstrafe gibt es nach meinem Vorschlage nicht. Ich glaube nicht, daß diese Aussicht eine besonders kräftige Lockung dazu enthalten würde, einer Strafarbeit von wenigen Tagen aus dem Wege zu gehen.

Prügelstrafe, Freiheitsbeschränkung, Hausarrest, Verweis, Strafarbeit haben sich als ungeeignet erwiesen, die kurzzeitige Freiheitsstrafe zu ersetzen. Was bleibt uns von den im vorigen Abschnitte erwähnten Vorschlägen noch übrig?

Mit aller Bestimmtheit trete ich für die Einführung der Aussetzung der Strafvollstreckung, sei es mit, sei es ohne Friedensbürgschaft, in unsere Gesetzgebung ein.

Die Vorzüge dieser Einrichtung ergeben sich aus dem bisher Gesagten. Es handelt sich nur um ihre praktische Durchführung. Für diese bietet uns die jüngste belgische Gesetzgebung beachtenswerte Fingerzeige.

Bergegenwärtigen wir uns die praktische Tragweite eines Gesetzes, welches die „bedingte Verurteilung“ im Sinne des belgischen Rechtes einführt, im Zusammenhange mit der von mir vorgeschlagenen Erhöhung des Mindestmaßes der Freiheitsstrafe auf sechs Wochen.

Der Angeklagte wird verurteilt. Wird das Urteil vollstreckt, so hat er mindestens sechs Wochen Freiheitsstrafe zu verbüßen. Aber die Vollstreckung kann ausgesetzt werden, wenn es sich um einen Angeklagten handelt, welcher zum erstenmal eine Verurteilung zu Freiheitsstrafe erleidet. Der Richter sagt ihm: Noch einmal geben

wir dein Schicksal in deine Hand. Wenn du innerhalb der dir bestimmten Frist nicht abermals eine mit Freiheitsstrafe bedrohte Handlung begeht, bleibt die Strafe dir erlassen. Im andern Falle wird sie ohne weitere Rücksicht vollstreckt.

Einigt man sich über diesen Grundgedanken, so wird es nicht schwer fallen, die richtige gesetzliche Fassung zu finden. Insbesondere wird es leicht sein, die Friedensbürgschaft mit der Aussetzung der Strafvollstreckung in Verbindung zu bringen.

An dieser Stelle bin ich noch nicht in der Lage, meinerseits bestimmte Vorschläge zu machen. Jeder derartige Vorschlag setzt eine vorangehende Verständigung über das Strafsystem voraus. Mit diesem soll der folgende Abschnitt sich beschäftigen. Die Aussetzung der Strafvollstreckung aber ist die erste kriminalpolitische Frage, welche, und zwar in nächster Zukunft, wissenschaftliche Lösung finden wird. Das ist meine feste, auf Thatfachen gestützte Überzeugung. Damit ist aber das Problem einer geeigneten Behandlung der Gelegenheitsverbrecher zum weitaus größten Teile gelöst.

(Fortsetzung folgt.)